Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg. im Reklameteil 60 Pfg., für Eisenbahnanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 37 — Freitag, den 13. Februar 1920 — 46. Jahrg.

Die deutsche Gegenliste.

Über die Gegenliste, die Deutschland gegen das Auslieferungsbegehren der Entente aufspielen soll, ist ein heftiger Meinungsstreit entbrannt. Die einen verlangen, daß das deutsche Dokument in Form und Ton genau so ausgearbeitet werden soll, wie das von Herrn de Marcilly überreichte, also die Namen nach den Ländern zusammengestellt, dann die Gruppen der „Verbrecher", wie es die englische Liste tut, dann eine weitschweifige Anklageschrift, ein donnerndes Plaidoyer nach französischem Vorbild. Das Ganze die Gegner bewußt kopierend und sie ad absurdum führend. So die einen. Die anderen erklären das für Unsinn, für eine leichtsinnige Spielerei, die dem Ernst der Stunde und der traurigen Lage Deutschlands widerspreche. Es gehe gegen das deutsche Gefühl, mit der Waffe der Nachäffung zu fechten, und überdies dürfe man eine völkerrechtliche und moralische Ungeheuerlichkeit nicht mit der gleichen Münze bezahlen, da man sich eben dann auch ins Unrecht setze. Die richtige Ansicht liegt zwischen den streitenden Parteien wieder einmal in der Mitte. Nicht Kopie, nicht Nachäffung in der Form soll die Gegner entwaffnen, sondern die natürliche Ähnlichkeit des vorgebrachten Materials und womöglich auch dessen Schlüssigkeit, d. h. die unwiderleglich Begründung mit Tatsachen und Beweisen. Das wäre deutsch, und das wäre durchschlagend besonders gegenüber der französischen Anklage, die in ihrer Kritiklosigkeit und ihrem hysterischen Fanatismus an — alte Drehsaiten erinnert.

Welches Material steht der deutschen Regierung zu Gebote? Die Öffentlichkeit hat eigentlich jetzt erst, im Sturm der Aufregung, erfahren, daß an amtlicher Stelle schon seit einiger Zeit eine sehr reichhaltige Gegenliste von Ententeangehörigen vorliegt, die völkerrechtswidrige Verbrechen begangen haben und wofür schriftliche und protokollarische Belege vorgewiesen werden können. Offenbar ist diese Gegenliste nichts anderes, als ein Namenskatalog des Materials, das schon während des Krieges von deutschen Behörden teils zu Propagandazwecken, teils „für alle Fälle", also in einer gewissen Ahnung dessen, was wir heute erleben, zusammengetragen wurde. Bekanntlich hat die „Militäruntersuchungsstelle für Verletzungen des Kriegsrechts" im Sommer 1918 eine Denkschrift ausgearbeitet über die Verstöße der französischen Kriegsführung gegen die Genfer Konvention. In zwei dicken Bänden wurde das Beweismaterial" zusammengetragen. 513 Nummern, die jeden Leser schaudern machen müssen. Die Denkschrift beschäftigte sich aber fast durchweg nur mit den Grausamkeiten, die an deutschen Sanitätssoldaten verübt wurden. Das allgemeine Schuldkapitel der Gegner mußte durch anderweite Forschung ergänzt werden. Das ist dann in der Waffenstillstandszeit zum Teil durch die „Kommission zur Untersuchung von Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung feindlicher Kriegsgefangener" geschehen. Dabei hat sich nämlich so viel herausgestellt, was nicht Deutschland, sondern seine ewig hetzenden Gegner belastet, daß objektive Beurteiler nicht aus dem Staunen herauskommen werden, wenn man ihnen das deutsche Gegenmaterial vorlegt.

Nur im Ausschnitt: Dem ehemaligen deutschen Kronprinzen soll der Prozeß gemacht werden wegen seiner angeblichen Befehle, keine Gefangenen beim Feinde zu machen, also alles zu töten. Nun, die zurückgekehrten deutschen Kriegsgefangenen wissen ein Lied davon zu singen, wie nicht nur die Franzosen, sondern auch die Engländer, die die völkerrechtliche Korrektheit gepachtet zu haben vorgaben, auf den Schlachtfeldern über die Wehrlosen und Verwundeten herfielen. Beispiele: Der im Februar 1918 an der Lys gefangen genommene Gefreite Wilhelm Steppe war Zeuge, wie ein australischer Offizier seine mit ihm in Gefangenschaft geratenen Kameraden mit einem Revolver niederschoß, obwohl sie um Pardon baten. Der im September 1917 vor Ypern schwer verwundete Musketier Albrecht Stöcken verdankt seine Rettung nur dem Umstand, daß er sich tot stellte, denn die Engländer zogen mit Trupps von 3—5 Mann über das Schlachtfeld und töteten alle Verwundeten, die dort lagen. Leute, die die Hände hoch hielten und um ihr Leben baten, wurden von den Engländern ohne Gnade durch Gewehrschüsse und Bajonettstiche umgebracht. Eine große Anzahl seiner verwundeten Kameraden wurde niedergemetzelt, nachdem der eigentliche Kampf längst vorbei war. Daß derartige unmenschliche Verbrechen englischer Truppen gegen das Völkerrecht obendrein noch auf höheren Befehl ausgeführt wurden, ist verschiedentlich von englischer Seite offen zugegeben. So erklärte ein englischer Offizier dem Sanitätssergeanten Eller nach der Gefangennahme, er solle froh sein, daß er ohne körperlichen Schaden in Gefangenschaft geraten sei, es bestehe Befehl, keine Gefangenen zu machen, sondern alle Deutschen zu töten. Alle diese Aussagen sind eidlich erhärtet. Die Protokolle können abgeschrieben und der Gegenliste beigefügt werden. Die deutsche Liste wird nicht so leichtsinnig in der Nennung von Namen und nicht so komödiantisch in der Vorschiebung fürstlicher Persönlichkeiten verfahren, dafür aber hoffentlich schlicht, ehrlich und ihrer Sache sicher sein. Nur dann ist eine heilsame Wirkung zu erwarten.

*

Die Veröffentlichung der deutschen Gegenliste.

Die Veröffentlichung der deutschen Gegenliste ist, wie wir hören, in den nächsten Tagen zu erwarten.

Preußen und die Auslieferungsstelle.

Berlin, 12. Febr. An die preußische Staatsregierung gelangen bewegt aus allen Teilen des Landes und aus verschiedenen Kreisen der Bevölkerung telegraphische Bitten, sich energisch gegen das Auslieferungsbegehren der Entente auszusprechen. Die Stellung der preußischen Staatsregierung ist festgelegt durch die Erklärung, die der preußische Minister des Innern am 5. Februar im Reichsrat abgegeben hat, und die von diesem angenommen worden ist. Diese Erklärung lautet:

„Der Reichsrat als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder bekennt sich zu dem heute kundgegebenen Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung von Deutschen an die Entente. Der Reichsrat, weit davon entfernt gesetzlich strafbare Taten der ordentlichen Untersuchung und Ahndung vor deutschen Gerichten entziehen zu wollen, teilt die Empörung des deutschen Volkes über die Zumutung der Entente, ihr Hunderte von deutschen Männern auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei einschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen der Entente für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen diese dem deutschen Volke angetane Schmach an den Gerechtigkeitssinn der Welt."

Es hat sich inzwischen nichts ereignet, was die preußische Regierung bewegen könnte, von diesem Standpunkt abzugehen.

Das geraubte Danzig unter fremder Hand.

Oberkommissar Tower in Danzig.

Danzig 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Gestern vormittag traf der Vertreter der verbündeten Regierungen in Danzig Reginald Tower, von Paris kommend, hier ein.

Zum Empfang auf dem Bahnhofsplatz war ein englisches Bataillon aufgestellt. Gegen 10 Uhr erschien zur Begrüßung Staatskommissar Regierungspräsident Förster, Oberbürgermeister Sahm und der Polizeipräsident. Der Oberbürgermeister begrüßte Tower mit einer Ansprache, in der er sagte: „Ew. Exzellenz heiße ich im Namen der Stadt Danzig aufs herzlichste willkommen. Die Aufgabe, die Ew. Exzellenz übernommen haben, ist ungeheuer schwierig. Schwere Sorgen lasten auf der Bevölkerung. Dunkel schaut die Zukunft aus. Wir hoffen bei Ew. Exzellenz volles Verständnis für unsere schwierige Lage zu finden. In vorderster Linie erwarten und erbitten wir Gerechtigkeit und Schutz der Souveränität der freien Stadt Danzig."

Darauf antwortete der Oberkommissar Tower in deutscher Sprache u. a.: „Es gereicht mir zur großen Freude, den Einwohnern Danzigs mitteilen zu können, daß ich mit dem heutigen Tage im Auftrage der alliierten Hauptmächte die Verwaltung der Stadt übernehme. Diese mir anvertraute Aufgabe werde ich unter Aufbietung aller Kräfte zu erfüllen suchen, bis es den ordnungsmäßig ernannten Vertretern der Stadt gelungen sein wird, die ihnen nach den Bedingungen des Friedensvertrages obliegende Arbeit zu vollenden, nämlich ein Abkommen zwischen der Stadt Danzig und der benachbarten Republik Polen zu treffen und eine unter den Schutz des Völkerbundes gestellte Verfassung der Stadt Danzig auszuarbeiten. Durch einen Aufschwung des Handelsverkehrs in diesem vortrefflichen Hafen wird das Leben der Stadt sich zu ungeahnter Größe entfalten. Nicht weniger werden die den natürlichen geographischen und ethnologischen Gesetzen entsprechenden engeren Beziehungen zu Polen, wie sie im Friedensvertrag festgelegt sind, die beiderseitige Entwickelung im günstigsten Sinne beeinflussen. Möge die Verwirklichung des obenerwähnten Zieles unserer Zusammenarbeit zum dauernden Wohlstande der Stadt gelingen!" Die Herren verließen dann das Hafenhofsgebäude in lebhafter Unterhaltung. So sagte unter anderem Sir Tower zum Oberbürgermeister: „Was sagen Sie zu der Auslieferungsliste? Sie sind ja ein gefährlicher Mann", worauf dieser lächelnd erwiderte, daß er der Entwicklung der Dinge ruhig entgegensehe. (Oberbürgermeister Sahms Auslieferung wird bekanntlich von den Polen gefordert. D. Red.)

Die englische Arbeiterpartei für die Abänderung des Versailler Friedensvertrages.

Amsterdam, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Im Verlaufe der Debatte über die Antwortadresse des britischen Unterhauses auf die Thronrede erklärte der Führer der Arbeiterpartei, Adamson: „Ich bin der Ansicht, daß einige Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland so schwer sind, daß wenig Hoffnung besteht, sie auszuführen. Wir erblicken Anzeichen dafür, daß das deutsche Volk von den Alliierten die eine oder andere Abänderung der auferlegten Bedingungen erwartet, und ich möchte den ersten Ministern und den Mitgliedern der Regierung vorschlagen, bevor die Verträge mit Österreich, Bulgarien, der Türkei und Ungarn perfekt sind, die Lage zu erwägen und genau zu untersuchen, damit, bevor diese Verträge endgültig ratifiziert sind, ein dauernder Friede gesichert werden kann.

Lloyd Georges Kampf gegen die Anarchie.

London, 12. Febr. Im Unterhause erklärte der Ministerpräsident Lloyd George mit Bezug auf Rußland in einzelnen, es sei nicht gelungen, Rußland mit Gewalt gesund zu machen. Er glaube, daß man es durch den Handel retten könne. Rußland habe Mangel an Lokomotiven, Waggons und Frachtautos, und ganz Europa benötige das, was es im Austausch für diese Dinge von Rußland erhalten könne. Die Lage in Europa sei ernst, und nicht in Rußland allein, sondern auch in England lauere die Gefahr. Lloyd George sagte: „Ich spreche mit Besorgnis und im Gefühl meiner Verantwortung. Wir müssen jede gesetzmäßige Waffe anwenden, um uns gegen diese Dinge zur Wehr zu setzen, und das einzige Mittel ist: wir müssen die Anarchie mit dem Überfluß bekämpfen."

Die erste Sitzung des sogen. „Völkerbundes".

London, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Gestern hat die erste historische Zusammenkunft der Völkerbundsgeordneten stattgefunden und wurden diese in St. James vorgestellt. Für Belgien war Paul Hymans, der Minister des Auswärtigen, gekommen, für Brasilien Gastao Cunha, der Botschafter in Paris, für Frankreich Leon Bourgeois, der Senatspräsident, für Griechenland Callamanos, der Gesandte in London, für Italien Maggiorino Ferraris, für Japan Matsui, der Gesandte in Paris, für Spanien Quinones de Leon, der Gesandte in Paris. Die Versammlung wurde von Leon Bourgeois, der den Vorsitz führte, eröffnet. Er verlas eine Adresse. Am Freitag wird eine lange, öffentliche Sitzung stattfinden. Dann wird nach französischer Methode immer einer der Abgeordneten Bericht erstatten. Der Italiener Ferrari wird über die Auslieferungsfragen berichten, Callamanos über das Saargebiet und der Belgier Hymans über Danzig. An demselben Tage wird Leon Bourgeois über die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes, vielleicht die wichtigste Angelegenheit der Sitzung, Vortrag halten. Balfour spricht über die Schweizer Neutralität und Matsui über die völkischen Minderheiten in Polen.

Die Konferenz der Neutralen im Haag.

Amsterdam, 12. Febr. Aus Christiania wird gemeldet, daß die Konferenz der neutralen Staaten, die am 16. Februar nach dem Haag berufen wurde, sich keineswegs mit der Auslieferung Wilhelms II., sondern lediglich mit dem internationalen Gerichtshof befassen wird, der in dem Völkerbundvertrag vorgesehen ist.

Der Reichsrat, weit davon entfernt gesetzlich strafbare Taten der ordentlichen Untersuchung und Ahndung vor deutschen Gerichten entziehen zu wollen, teilt die Empörung des deutschen Volkes über die Zumutung der Entente, ihr Hunderte von deutschen Männern auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei einschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen der Entente für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen diese dem deutschen Volke angetane Schmach an den Gerechtigkeitssinn der Welt."

Es hat sich inzwischen nichts ereignet, was die preußische Regierung bewegen könnte, von diesem Standpunkt abzugehen.

Der Reichsjustizminister über die französische Liste.

Berlin, 12. Febr. Der Reichsjustizminister Schiffer äußerte gegen den juristischen Mitarbeiter der „L. Allg. Ztg." über die Auslieferungsfrage u. a., daß sich die Stellung der Regierung nicht im mindesten geändert habe. Höchstens habe sich ihre bisherige Stellungnahme angesichts dieser Liste noch befestigt. Die Reichsregierung beharrt auf dem Standpunkt ihrer Note vom 25. Januar und sie sieht eine objektive Unmöglichkeit gegenüber dem Verlangen der Entente als vorliegend an. Es wird sich kein Deutscher finden, der an Hindenburg und andere Angeschuldigte Hand anlegt, und wenn sich doch einer finden sollte, würden Hunderte und Tausende auftreten und ihn daran hindern. Dies ist eine Auffassung, die denn auch von allen Parteien von der äußersten Rechten bis zu den Unabhängigen einschließlich geteilt wird, mögen sie im übrigen zur Friedensfrage selbst stehen wie sie wollen. Weiter äußerte sich der Minister dahin, daß die Liste selbst vom Standpunkte der Entente das Muster einer geradezu frivolhaften Oberflächlichkeit sei. Feststehender Grundsatz jedes Auslieferungsrechts ist es, daß der Beschuldigte und seine Tat genau bestimmt oder doch so bezeichnet werden, daß sie ohne weiteres bestimmbar sind. Die Liste aber führt ganze Kategorien von Beschuldigten auf, für deren nähere Bestimmungen es an jedem greifbaren tatsächlichen Anhalt fehlt.

Auf die Frage, was die Regierung gegenüber den unglaublichen Ungeheuerlichkeiten mit der Liste anzufangen gedenke, entgegnete der Minister: In Beziehung auf die Auslieferung ist die Liste aus den angegebenen Gründen überhaupt ohne Bedeutung, wohl aber werde ich in genauer Befolgung unserer eigenen deutschen Gesetzgebung sie benutzen, um wirklich Schuldige der Bestrafung zuzuführen. Alle Maßnahmen aber treten nur zum Zweck der Auslieferung an Fremde, sondern der Untersuchung nach deutschem Recht durch deutsche Gerichte.

Der Kaiser gegen die freiwillige Stellung des Kronprinzen.

Der ehemalige deutsche Kronprinz hat den Staatsoberhäuptern der Entente angeboten, sich ihnen freiwillig zur Verfügung zu stellen, damit sie ein Opfer haben und von den übrigen Deutschen ablassen. Wie nun die „Kreuzzeitung" hört, ist die freiwillige Stellung des ehemaligen deutschen Kronprinzen ohne Wissen des Kaisers geschehen. Der Kaiser ist von dem Schritt vollkommen überrascht worden. Er wird von ihm entschieden mißbilligt. Der Kaiser hat dem Kronprinzen die freiwillige Stellung verboten und hat von dieser seiner Willensäußerung die niederländische Regierung telegraphisch verständigt.

Millerand zu Verhandlungen bereit.

Nach Pariser Meldungen nahm Millerand im Kammerausschuß für Auswärtiges Stellung zur Auslieferungsfrage. Er betonte das moralische Recht der Alliierten, Sühne für die deutschen Verbrechen ohne Ansehung der Person und des Standes des Beschuldigten zu verlangen. Man werde Verhandlungen mit Deutschland nicht ablehnen. Der Ministerpräsident sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen Deutschland davon überzeugen würden, daß die Prozesse gegen die Schuldigen unvermeidlich seien. Auf diese Prozesse könnten die Alliierten in keinem Falle verzichten. Die einstündigen Ausführungen des Ministerpräsidenten fanden keinen Widerspruch. Die Sozialisten zogen ihre Interpellation in der Auslieferungsfrage zurück.

Diese Stellungnahme Millerands bedeutet einen wesentlichen Fortschritt im Stande der ganzen Frage. Bisher lagen die Dinge so, daß von Frankreich direkte Verhandlungen mit Deutschland überhaupt abgelehnt wurden. Wenn schon Änderungen vorgenommen werden sollten, dann wollte das Herr Millerand hinterrücks. Trotz allem ist sachlich noch nichts, aber so gut wie nichts erreicht. Daß der eine oder der andere Name von der Liste getrichen wird, hilft uns nicht, denn wir können keinen Deutschen, sei er wer er sei, einem fremden Richter ausliefern. Solange wir nicht durchsetzen, daß uns das Beweismaterial für die Anklagen übergeben und die von der Entente behauptete Schuld vor einem deutschen Gerichtshofe untersucht wird, ist nichts gewonnen.

Daß es dazu kommen wird, ist nicht mehr ganz unwahrscheinlich. Folgende Meldung zeigt wieder, daß Frankreichs Absichten letzten Endes auf Länderraub hinausklaufen:

Basel, 12. Febr. Der Pariser Vertreter des „Corriere della Sera" bestätigt, daß die französische Regierung den Vorschlag des Lord Birkenhead, eine Milderung der strengen wörtlichen Ausführung des Auslieferungsparagraphen anzuständig zu machen, ablehnt, mit dem Hinweis darauf, es sei absolut unangebracht, irgend eine Veränderung an den Abmachungen des Versailler Vertrages anzubringen, da sie die Bahn für eine völlige Revision öffnen würde, der sich die Franzosen entschieden widersetzen müßten. Das Streben der Franzosen gehe im Gegenteil dahin, die Beimmis zu einer Verlängerung der Besetzung der Rheinlande, wenn Deutschland den Vertrag nicht genau nach dem Wortlaut ausführe, auszunutzen und den französischerseits zwischen Deutschland und Frankreich schon immer gewünschten Pufferstaat auf dem linken Rheinufer zu schaffen.

Wilson gegen die Auslieferung.

Paris, 12. Febr. Nach einer Radiomeldung aus Washington soll Präsident Wilson die Absicht haben, dem deutschen Kronprinzen auf sein Telegramm zu antworten. Im Weißen Hause glaubt man, daß Wilson die Gelegenheit benutzen werde, um öffentlich zu erklären, daß er immer der Forderung der Alliierten, betr. die Auslieferung der Schuldigen, absolut feindlich gegenüber gestanden habe. Er würde jedenfalls auch erklären, daß er sich energisch jeder Handlung widersetzen werde, die das Ziel habe, die Auslieferung zur Abreitung aller Deutschen, sowohl der Militärpersonen als auch der Zivilpersonen, zu erlangen.

Freiherr von Lersner und die Auslieferung.

Berlin, 12. Febr. Der „Sol.-Anz." bringt Ausführungen, die Freiherr von Lersner nach seiner Rückkehr von Paris über die Ungeheuerlichkeit der Auslieferungsliste machte. Eine beispiellose Unerhörtheit finde er in dem generellen Vorbehalt der Alliierten, innerhalb der Länder die zahllosen angeblichen Verstöße deutscher Staatsbürger gegen Kriegsrecht und Kriegsgebräuche zu jeder Zeit verfolgen zu können. Die unbeziehigte Rachsucht eines einzelnen Chauvinisten könnte jederzeit Deutsche verhaften und abtreiben lassen, ohne daß das deutsche Reich dagegen das geringste ausrichten könnte.

Nach dem Frieden.

Die Nordzone von Schleswig verloren.

Flensburg, 12. Febr. Die Internationale Kommission gibt folgendes vorläufige amtliche Ergebnis der Abstimmung in der ersten Zone bekannt. Es wurden abgegeben:

74 887 dänische und 25 223 deutsche Stimmen.

Auf die einzelnen Kreise verteilen sich die Stimmen wie folgt:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200213-16/fragment/page=0001

Kreis Hadersleben: 34 553 dänische, 6555 deutsche Stimmen, 84 Prozent Dänen, 16 Prozent Deutsche.

Kreis Tondern: 10 195 dänische, 7076 deutsche Stimmen, 59 bezw. 41 Prozent.

Kreis Apenrade: 13 194 dänische, 6476 deutsche Stimmen, 67 bezw. 33 Prozent.

Kreis Sonderburg: 17 101 bezw. 5169 Stimmen, 77 bezw. 23 Prozent.

Es stehen noch verschiedene kleine Gemeinden aus, doch ändern diese an dem Ergebnis nichts mehr, da es nur einige hundert Stimmen sein werden.

Der preußische Ministerpräsident zum Abstimmungsergebnis.

Der preußische Ministerpräsident Hirsch äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber über das Abstimmungsergebnis in der ersten Zone Nordschleswigs, die preußische Regierung lasse sich durch den Ausfall der Volksabstimmung, der eine große Mehrheit für Dänemark brachte, keineswegs entmutigen. Die preußische Regierung werde vielmehr mit verdoppelter Energie an die Vorbereitungen für die Wahl der zweiten Zone herangehen. Aus dem Ergebnis der Abstimmung habe Deutschland verschiedene Lehren gezogen, die es bei der Abstimmung in der zweiten Zone befolgen werde.

Die Freude in Kopenhagen.

Kopenhagen, 12. Febr. Kopenhagen hatte gestern ein festliches Aussehen. Eine zahlreiche Menschenmenge durchwogt die Stadt, und die Spannung über den Ausgang der Wahlkampagne, die sich in der deutschen Nordmark abspielt, ist auf das höchste gestiegen. Dank der glänzenden dänischen Organisation und Wahlpropaganda in den umstrittenen Gebieten herrscht jedoch ziemlich allgemein die Überzeugung, daß sich die Mehrzahl der nordschleswigschen Bevölkerung für Dänemark entscheiden wird. Dichtgedrängte Menschenknäuel stehen auf den Straßen, die die einlaufenden Wahlergebnisse lebhaft diskutieren. Ungeheurer Jubel herrschte, als der dänische Sieg bekannt wurde. Große Menschenmassen zogen nach den Ministerien und ergingen sich dort in begeisterten Kundgebungen.

*

Die Franzosen in Oberschlesien.

Breslau, 11. Febr. Die französische Verwaltung Oberschlesiens hat jede Agitation untersagt. Diese Anordnung scheint auf den ersten Blick vom Geiste der Gerechtigkeit getragen, dem Kenner oberschlesischer Verhältnisse aber verrät der Befehl, wohin die Fahrt geht. Unter Agitation ist in diesem Falle in erster Linie die deutsche Propaganda zu verstehen. Die Polen haben in den letzten Wochen propagandistisch ganz hervorragend gearbeitet und den Deutschen einen weiten Vorsprung abgewonnen. Während der Friedensvertrag die Verwendung von Reichs- und Staatsmitteln im Interesse der Deutscherhaltung Oberschlesiens untersagt und die privaten Mittel infolge der unglücklichen innerdeutschen Verhältnisse und der Zerrissenheit des deutschen Volkes nur spärlich flossen, verwendete der großpolnische Propagandadienst die ihm

von Frankreich zur Verfügung gestellten 15 Millionen Franken,

zum seinerzeitigen Kurse rund 100 Millionen Mark, zum Ankauf der oberschlesischen Presse. Die Polen zahlten jeden Preis, in diesen Tagen erst für ein kleines Provinzblatt von 2½ Tausend Auflage und dreimaligem Erscheinen die riesige Summe von 600 000 Mark, allerdings mitsamt der technischen Einrichtung. Auf die Druckereien hat es die polnische Propagandaleitung besonders abgesehen und von ihrem Standpunkt aus mit Recht. Denn man kann schließlich für die polnisch gewordenen Blätter neue deutsche Zeitungen herausgeben, es wird dies aber unmöglich, wenn sie niemand druckt. Und diese Gefahr rückt in Oberschlesien bereits in greifbare Nähe, nachdem ein Teil des deutschen Verlegertums, teils aus Furcht, teils aus Gewinnsucht, die

deutsche Sache im Stiche ließ.

Die Einfuhr der großen deutschen Presse nach Oberschlesien aber dürfte bald Schwierigkeiten begegnen. Die polnischen und die unter polnischem Einfluß schreibenden deutschen Zeitungen mehren sich täglich. Die Masse der Bevölkerung, auf die es ankommt, wird hierdurch natürlich getäuscht. Sie glaubt, nachdem ehemals stramm deutsche Blätter großpolnische Ideen vertreten, willig die polnische Voraussage, daß die ganze deutsche Macht nach Abzug der Reichswehr wie ein Kartenhaus zusammenbrechen werde. Das oberschlesische Volk ist mit seinem Herzen dort, wo die Macht ist, und die ist zurzeit bei den Franzosen und ihren polnischen Freunden. Es wird gewaltiger Anstrengungen bedürfen, um den polnischen Vorsprung in der Propaganda wieder einzuholen, namentlich auch einer

starken finanziellen Opferbereitschaft des deutschen Volkes,

will es an dem Verlust des letzten großen deutschen Kohlengebiets nicht mitschuldig werden. Die Franzosen werden natürlich Mittel und Wege suchen, um den Polen ihren augenblicklichen Vorteil zu sichern. Und die Anordnung, die die Agitation verbietet, ist der erste Schritt auf diesem Wege.

Eine Drohnote Millerands.

Der französische Ministerpräsident hat der deutschen Geschäftsführung in Paris unter dem 8. Februar eine Note zugehen lassen, in der er den Nachweis zu führen versucht, daß Deutschland sich verpflichtet hätte, monatlich mehr als 1½ Millionen Tonnen Kohle zu liefern, tatsächlich aber nicht einmal 600 000 Tonnen geliefert hat. Die Note kommt zu dem Ergebnis:

„60 Millionen Deutsche erhalten monatlich 8 Millionen Tonnen Kohle, während Frankreich für seine Bevölkerung von 40 Millionen nur über 3 250 000 Tonnen monatlich verfügt. Welches Recht kann Deutschland anführen, um günstiger gestellt zu sein als Frankreich, dessen Notlage lediglich auf die systematischen Verwüstungen zurückzuführen ist, die durch die deutsche Oberste Heeresleitung ohne militärische Notwendigkeit und mit dem bestimmten Ziel, die französischen Industrien zu ruinieren, befohlen worden sind. Die französische Regierung kann nicht zugeben, daß die deutsche Regierung in Nichtachtung ihrer Verpflichtung und obwohl sie dazu imstande wäre, die Lieferungen nicht ausführt, an denen Frankreich ein spezielles Interesse und Anrecht hat. Sie verlangt, daß Deutschland die übernommenen Verpflichtungen ausführt, und ist entschlossen, die Rechte der französischen Nation geltend zu machen, die durch den Friedensvertrag sanktioniert worden sind.

Unter Bezugnahme auf Artikel 429 des Friedensvertrages eröffnet die französische Regierung hiermit der deutschen Regierung, daß, da Deutschland die Bedingungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt hat,

die Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete noch nicht zu laufen begonnen haben,

ferner wenn am 1. März 1920 Deutschland in weiterer grundloser Nichterfüllung seiner Verpflichtungen an Frankreich nicht die noch rückständigen Lieferungen, sowie das volle Februarquantum geliefert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zu

wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßregeln

und allgemein zu solchen Maßnahmen zu greifen, die sie als durch die Umstände geboten erachtet, wie das für solche Fälle der Vertrag besonders vorsieht. Die französische Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sie nicht gezwungen sein wird, andere Maßregeln gegen Deutschland zu ergreifen, wie sie das Protokoll vom 10. Januar 1920 und das Schreiben vom 23. Dezember 1919 als Bedingung für das Inkrafttreten des Friedensvertrages vorgesehen haben."

Der Zweck, den Herr Millerand mit dieser Note verfolgt, ist ziemlich klar. Er läuft darauf hinaus, die Volksstimmung in Frankreich wieder hochzupeitschen und über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Von amtlicher Seite wird uns eine längere

deutsche Erwiderung

auf den von Herrn Millerand eingenommenen Standpunkt zur Verfügung gestellt, in der im einzelnen nachgewiesen wird, daß irgendwelche Verpflichtungen Deutschlands zur Lieferung von Kohle bisher überhaupt noch nicht vorliegen, daß vielmehr die Pflicht Deutschlands zur Lieferung der Kohlen erst vom 1. Mai 1920 ab läuft. Die bisherigen Kohlenlieferungen sind also durchaus freiwillig gewesen, und es läßt sich daher auch kein Vorwurf **gegen Deutschland daraus ableiten, wenn bestimmte Mengen nicht** erreichbar sind. Vor allem hat Deutschland von Anfang an stets betont, daß es ohne schwere Schädigung seines Wirtschaftslebens vorläufig überhaupt nicht imstande ist, bedeutende Lieferungen zu machen. Wirtschaftlich betrachtet, liegt also in der Tatsache der freiwilligen Kohlenlieferung vor dem Beginn der im Friedensvertrag vorgesehenen Ankündigungsfrist ein gewaltiges Opfer Deutschlands. Hätte Deutschland diese freiwilligen Lieferungen nicht übernommen, so hätte es die bisher an die Entente gelieferten Kohlen seiner eigenen schwer erschütterten Wirtschaft zuführen können. Die Entente hätte also, statt zu tadeln, allen Grund gehabt, den guten Willen Deutschlands anzuerkennen. Von sehr viel größerer grundsätzlicher Bedeutung ist aber schließlich doch, daß Herr Millerand bestimmte

Vergeltungsmaßregeln

auf der Grundlage des Artikels 429 des Friedensvertrages ankündigt. Er hat die Note als französischer Ministerpräsident gezeichnet und dem deutschen Geschäftsträger überreicht, also offenbar nicht als Vorsitzender der Friedenskonferenz gehandelt. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, so hat er auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Friedenskonferenz eine Entscheidung über die Voraussetzungen des Artikels 429 nicht zu treffen, dafür ist ausschließlich der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Er allein hat das Recht, die deutschen Kohlenlieferungen festzusetzen, er allein hat die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen und Maßnahmen zu treffen, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Fall aber, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, kann frühestens am 1. Mai 1920 eintreten. Bis dahin hat also auch weder der Wiedergutmachungsausschuß noch der französische Ministerpräsident die Möglichkeit, auf Grund des Friedensvertrages irgendwelche sachlich berechtigte Drohungen gegen Deutschland zu erlassen.

*

Falsche Behauptungen eines französischen Generals.

Paris, 11. Febr. Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte gestern Ministerpräsident Millerand, er sei dem Plan, die Türken in Europa zu erhalten, günstig gestimmt. Die Kommission nahm schließlich eine Tagesordnung an, in der sie zum Ausdruck bringt, daß die Rechte Frankreichs in Konstantinopel, sowie in Kleinasien, Syrien und Palästina im Sinne des im Jahre 1916 getroffenen Abkommens gewahrt werden. Von der Kommission wurde alsdann General Nieszel vernommen, der erklärte, die Deutschen gäben falsche Auskünfte und versuchten Drohungen und Einschüchterungen. Nach seiner Ansicht dürfe man niemals nachgeben, noch dürfe man mit den Deutschen sich in Erörterungen einlassen. Er behaptete auch, Deutschland habe 450 000 Mann unter den Waffen, erklärte jedoch, daß die Ablieferung des Materials in normaler Weise erfolge. Er stellte ferner die Behauptung auf, deutsche Offiziere dienten in der roten Armee, und wenn man Deutschland gestatte, mit den Bolschewisten in Verbindung zu treten, könnten daraus schwere Ungelegenheiten entstehen.

Abreise des französischen Ministerpräsidenten nach London.

Paris, 12. Febr. Gestern nachmittag ist Ministerpräsident Millerand, begleitet von Marschall Foch, General Weygand und anderen, nach London abgereist. Der Ministerpräsident wird sich drei Tage in London aufhalten.

Die Lage im Reiche.

Die deutsche Rheinlandpolitik.

Der preußische Ministerpräsident Hirsch, der von seiner Rheinlandreise zurückgekehrt ist, äußerte einem Mitarbeiter des W. T. B. gegenüber u. a. folgendes: Wir haben uns bemüht, die Stimmung im Lande kennen zu lernen. Zwei Erkenntnisse möchte ich vor allem festhalten, einmal: die rheinische Bevölkerung leidet unter der Herrschaft der Besatzungstruppen ganz außerordentlich schwer. Der seelische Druck, der auf ihr lastet, ist auf die Dauer einfach unerträglich, und ferner: die überaus starke Belastungsprobe, der die vaterländische Gesinnung der Rheinländer in dieser Zeit der Fremdherrschaft ausgesetzt ist, ist von der Bevölkerung bisher glänzend überstanden worden. Ich habe zu meiner aufrichtigen Freude feststellen können, daß die ganze gewaltige Masse der Rheinländer von den separatistischen Strömungen immer deutlicher abrückt. Alle Beteuerungen der Sonderbündler, die der Bevölkerung glauben machen wollen, daß sie nur gegen das reaktionäre Preußen kämpfen, aber den deutschen Charakter der Rheinlande nicht antasten wollen, können heute niemanden mehr über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen. Wir haben weiter gesehen, daß die Politik der Franzosen äußerst geschickt ist und daß sie entsprechende Gegenmaßnahmen notwendig macht. Die preußische Staatsregierung ist fest entschlossen, alles zu tun, um jeden Rest Mißstimmung in den Rheinlanden zu beseitigen. Sie wird dafür sorgen, daß es in dieser Hinsicht nicht bei Versprechungen bleibt. Ich habe deshalb den Auftrag gegeben, alle Wünsche in Form einer Denkschrift, nach Ressorts getrennt, zusammenzustellen. Das Staatsministerium wird unverzüglich zu ihr Stellung nehmen und teilweise auch in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung die notwendigen Entschließungen treffen. Allgemein verlangte man in den Rheinlanden, daß wir öfter herüberkommen, um den ständigen Gedankenaustausch mit der dortigen Bevölkerung zu sichern. Ich hoffe, daß, wenn wir das nächste Mal im Rheinland sein werden, man drüben bereits gesehen haben wird, daß in Berlin alles getan wird, um den rheinischen Brüdern in dieser schweren Zeit nach Kräften zur Seite zu stehen.

Belagerungszustand über Osnabrück.

Osnabrück, 12. Febr. Auch über die Regierungsbezirke Osnabrück und Aurich wurde nunmehr der Belagerungszustand verhängt. Die vollziehende Gewalt ist dem Befehlshaber des Wehrkreiskommandos VI, Generalleutnant v. Watter in Münster, übertragen worden. Zum Regierungskommissar wurde Reichs- und Staatskommissar Severing ernannt.

Politische Übersicht.

Rußland.

Militarisierung und Arbeitszwang im freien Rußland.

Nach Meldungen aus Moskau hielten Lenin und Trotzki in dem dritten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte wichtige Programmreden. Lenin sagte u. a.: Im Heere haben wir das frühere System verlassen, wonach das Kommando in den Händen der Soldatenräte liegt, und von nun an hat die Kommandogewalt wieder der betreffende oberste Heereschef. Hierdurch sind wir allmählich zur Autokratie gelangt. In gleicher Weise müssen wir aber in der Industrie vorgehen. Das System der Betriebsräte hat sich nicht bewährt. Es wirkt hemmend auf die Arbeit und gibt nicht die Intensität, wie sie die Lage erfordert. Alles hängt davon ab, daß die kommunistischen Führer uneingeschränkt herrschen und daß der Kommunismus vollkommen durchgeführt wird. Für die großen Städte müssen Getreide und Lebensmittel geliefert werden. Die Bevölkerung in unserem zerstörten Lande muß zu Arbeiterheeren umgebildet und militarisiert werden. Hunger, Kälte und Epidemien sind die schlimmsten Feinde der Regierung. Unser Ziel ist, ganz Rußland zu einer einzigen großen Fabrik für uns zu verwandeln. In der Leder- und Schuhwarenindustrie ist die Militarisierung schon durchgeführt. Trotzki erklärte in einem Bericht an den Rat der Volkskommissare, nur in einer bürgerlichen Gesellschaft gebe es eine Freiheit der Arbeit. Arbeiter und Bauern aber müßten sich dem Arbeitszwange fügen. Dafür habe die rote Armee zu sorgen.

Polen.

Marschall Foch kommt nach Polen.

Die „Frankf. Ztg." meldet aus dem Haag: Nach einem Bericht aus Warschau an die „Times" erklärte der Chef der französischen Militärmission, Oberst Henri, daß Marschall Foch nach Polen kommen werde. Der französische Stab in der polnischen Armee soll vergrößert werden, um Polen gegen die bolschewistische Armee durch Frankreich wirksamer zu unterstützen.

Die bolschewistische Gefahr für Polen.

Die Agence Centrale meldet: Trotz des Friedensangebotes Rußlands an Polen ist die Stimmung in maßgebenden polnischen Kreisen außerordentlich pessimistisch. Sie fürchten, daß die russische Bolschewistenarmee im Frühjahr ihre von langer Hand vorbereitete Generaloffensive nach Westen ausführen wird und daß das Friedensangebot der Sowjetregierung nur ein politisches Manöver ist. Hand in Hand mit den russischen Kriegsvorbereitungen **geht eine äußerst rührige Propaganda der Kommunisten in Wien.** Falls Polen und Ungarn zu schwach sind, um im Falle einer russischen Generaloffensive der Gefahr des Überranntwerdens zu widerstehen, ist Mitteleuropa von der Gefahr des Bolschewismus ernstlicher bedroht denn je zuvor.

Nordamerika.

Der Friedensvertrag wieder im Senat.

Haag, 12. Febr. Wie „Nieuwe Courant" aus Washington meldet, hat der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten den Friedensvertrag mit seinem Bericht darüber und den Vorbehalten des Senators Lodge an den Senat zurückgeschickt.

Deutschland.

— **Eine nette Tonart** herrscht im Lager der Kommunisten gegen die ihnen doch politisch so eng versippten Unabhängigen. In der Frage der Echtheit revolutionärer Gesinnung traut ersichtlich einer dem andern nicht über den Weg. So widmet jetzt die Kommunistische Räte-Korrespondenz ihrem unabhängigen Freunde Richard Müller („Leichenmüller") folgende liebenswürdige Anerkennung seiner politischen Betätigung: „Ein typischer Konterrevolutionär wie er im Buche steht, eine deutsche Patentmarke . . . Nachdem dann in sehr bitteren Worten Richard Müller vorgeworfen wird, die Kommunisten aus dem Vollzugsrat hinausgedrängt zu haben, heißt es weiter, damit habe er die „Vollversammlung zum Misthaufen gemacht". — Unter dem „Misthaufen" verstehen nämlich die Kommunisten den heutigen unabhängigen Berliner Vollzugsrat . . . .

*

Der Kampf um die Fische.

Wie schon kurz gemeldet, hat die Essener Staatsanwaltschaft gegen die Reichsfischversorgung G. m. b. H. in Berlin und deren früheren Vorsteher Nathan das Verfahren wegen Preiswuchers und Kettenhandels eingeleitet. Die Veranlassung zu dem Verfahren bildet die Feststellung, daß die Reichsfischversorgung Sendungen von Salzheringen, die Essener Firmen von holländischen Firmen zum Preise von 390 bis 405 ℳ die Tonne zugesandt erhalten hatten, beschlagnahmte, die Tonne zum Preise von etwa 300 ℳ selbst übernahm und dann die beschlagnahmten Fischsendungen von Essener Firmen zum Preise von 450 Mark die Tonne wieder anbot. Dieser Fall ist deshalb besonders interessant, weil es sich bei der Fischversorgung G. m. b. H. um eine Reichsstelle handelt, die nicht selbständig handelt, sondern einmal dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt ist und kaufmännische Handlungen stets auf Weisung des Finanzministeriums unternimmt, so erlebt man hier also den immerhin eigenartigen Fall, daß die Staatsanwaltschaft gegen eine Reichsstelle und gegen Reichskommissare vorgeht, die nach einem von der Regierung ausgearbeiteten Plane vorgehen. Die angegriffene „Fischversorgung" teilt zu dieser Angelegenheit mit, daß sie verpflichtet ist, auf Grund der Einfuhrverordnung alle Fischwaren zu übernehmen und weiterzuleiten. Den Fischhandelsfirmen liegt daher die Verpflichtung ob, alle Eingänge zur Kenntnis der Reichsstelle zu bringen, damit eine hinreichende Kontrolle über die Mengen und die Preishöhe ausgeübt werden kann. Da sich nun aber ein ausgedehntes Schieberwesen des Fischhandels bemächtigt hat, so sind die Fälle nicht selten, in denen Eingänge an Fischen nicht offiziell zur Anzeige bei der Reichsstelle gelangen. Hier ist aber der Moment gekommen, wo amtlich eingegriffen werden muß, die Ware beschlagnahmt und ein Übernahmepreis festgesetzt wird. Die Feststellung dieses Preises wird im Einverständnis mit dem Finanzministerium vorgenommen. Daß später die Fische zu einem etwas erhöhten Preis wieder dem Handel übergeben werden, ist als Verwaltungsmaßnahme anzusehen, aber nicht als Kettenhandel." Die Fischversorgung steht mithin auf dem Standpunkt, daß ihre Handlungsweise durchaus korrekt sei, und sie sich nur an die bestehenden reichsgesetzlichen Vorschriften gehalten habe. Bei den sehr geringen Sympathien, die sich alle Kriegsgesellschaften im Publikum erfreuen, ist eine einwandfreie Klärung dieser Angelegenheit dringend erwünscht. Hierbei wird auch Klarheit darüber zu schaffen sein, ob ein solcher Preisaufschlag, wie er von der Fischversorgung erhoben wurde, berechtigt ist. Nebensächlich ist hierbei, daß der Gewinn der Reichskasse zufließt. Denn hierbei kommt es nicht darauf an, daß das Reich Geschäfte macht, sondern daß die Bevölkerung die Nahrungsmittel so billig wie möglich erhält.

Daß die Fischversorgung sich nicht bessert, dafür sorgen schon andere Leute. In Hamburg sind bekanntlich vor einiger Zeit die Kapitäne und Steuerleute der Fischdampfer in den Ausstand getreten, da die Reeder die von ihnen geforderten Angestelltenausschüsse nicht anerkennen wollten. Die zur Beilegung des Konfliktes gepflogenen Verhandlungen sind jetzt gescheitert, da die Reeder nur den Angestelltenausschuß anerkennen wollen, wenn er ausschließlich aus fahrenden Leuten besteht, was aber von der Gegenseite abgelehnt wurde. Nur zwei Fischdampfer einer Reederei, die den Angestelltenausschuß anerkannt hat, sind heute ausgefahren. Wenn keine Einigung erzielt wird, droht die gesamte Fischversorgung ins Stocken zu geraten, da die Dampfer nicht mehr ausfahren. Das wäre besonders bedauerlich, da gerade jetzt große Herings- und Sprottenzüge aufgetaucht sind.

Zum Fischwucher der Reichsfischgesellschaft.

Essen, 12. Febr. Entgegen einer Meldung, wonach der Justizminister die zuständige Staatsanwaltschaft angewiesen habe, die sofortige Haftentlassung des früheren Vorstehers der Reichsfischversorgung Nathan zu beantragen, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die von Nathan eingelegte Haftbeschwerde zurückgewiesen worden ist. Die Essener Staatsanwaltschaft hat sich entschieden gegen die Haftentlassung ausgesprochen.

Provinz und Umgegend.

† **Weißenfels**, 12. Febr. Aus dem hiesigen Landratsamte wurden in der Sonnabend-Nacht ein Pelz und mehrere Automobilbereifungen im Gesamtwerte von ca. 10 000 ℳ gestohlen. — Dem Landwirt W. aus Groest wurden durch die hiesige Polizei 2½ Zentner Weizenmehl abgenommen, welches er an einen hiesigen Bäcker verkaufen wollte. — Zum zweiten Male wurde in kurzer Zeit in die hiesige Trommelfabrik von Johannes Link eingebrochen und Felle, sowie ein Treibriemen im Gesamtwerte von ca. 8000 ℳ gestohlen. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

† **Leipzig**, 12. Febr. Die Leipziger Frühjahrsmesse wird vom 29. Februar bis 6. März abgehalten, und zwar als allgemeine Mustermesse. Die technische Messe findet vom 14. bis 20. März statt. Letztere umfaßt als besondere Unterabteilungen die Baumesse für Bau- und Wohnbedarf, Installation, Architektur, alte und neue Baumeisen, Baustoffe, sowie deren Herstellung und Verarbeitung, Baumaschinen und Geräte, Tiefbauanlagen und Eisenhochbau, allgemeine technische Einrichtungen, technisches Zeitungswesen und Fachzeitschriften, Ingenieurwesen, Patentverwertung, Fabrik-Einrichtung. Sonderveranstaltung: Photographie, Kinematographie. Rohstoffmesse und Rohstoffbörse: Roh-, Grund- und Betriebsstoffe für chemische Fabriken, für Maschinenbau, für Bauwesen. Halberzeugnisse chemisch-technische, elektro-technische, bautechnische. Entwurfs- und Modellmesse, Vermittlungsstelle für Künstler und Fabrikanten.

Merseburg und Umgegend.

12. Februar.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** **Erhöhung der Preise für elektrischen Strom.** Vom 1. Januar d. J. an stellen sich die Preise für den elektrischen Strom für die Kilowattstunde wie folgt: Drehstrom Licht 1,40 ℳ, Drehstrom Kraft 0,70 ℳ, Doppeltarif I 1,50 ℳ, Doppeltarif II 0,65 ℳ, Gleichstrom Licht 1,70 ℳ, Gleichstrom Kraft 1,40 ℳ.

** **Der Ausschreibung der Viehseuchen-Entschädigungsbeiträge** für das Rechnungsjahr 1919 werden die Ergebnisse der letzten staatlichen Viehzählung zugrunde gelegt bei den landwirtschaftlichen Betrieben, für die Viehhändler geschieht sie nach Schätzungen. Die von den Behörden ausgefüllten Verzeichnisse sind 14 Tage lang zur öffentlichen Einsichtnahme auszulegen.

** **Bekämpfung der Raupenplage.** Es sei wiederholt darauf hingewiesen, daß die Besitzer und Pächter von Obstbäumen und lebenden Hecken verpflichtet sind, die Raupen und Raupennester des Goldafters, Ringelspinners, der Apfel- und Heckengespinstmotte, sowie der Blutlaus an den Apfelbäumen zu vernichten. Die Bekämpfung der Raupen muß im Mai, Juni und Juli und die der Blutlaus hat während des ganzen Jahres zu erfolgen. Bis 15. Februar jeden Jahres müssen die Raupennester beseitigt sein. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 ℳ, im Unvermögensfalle entsprechende Haft bestraft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200213-16/fragment/page=0002

** **Parade der Merseburger Garnison.** Trotz der unfreundlichen Witterung hatte sich am Donnerstag vormittag auf dem Rulandtsplatz eine recht stattliche Zuschauermenge eingefunden, um der Parade der hiesigen Landesjäger-Garnison beizuwohnen. Schon gegen 10 Uhr war die Aufstellung der Truppen beendet. Als Vertreter der Zivilbehörden waren Regierungspräsident von Gersdorff, Oberregierungsrat Boltze, Erster Bürgermeister Hertzog und Stadtrat Tänzer erschienen, ferner als Ehrengäste die Vorsitzenden der hiesigen Kriegervereine. Kurz nach ½11Uhr erschien der Kommandeur des 1. Landesjäger-Regiments Oberst Zettwitz und bald darauf der General der Infanterie Exzellenz von Lüttwitz, der bekanntlich Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppen-Kommandos I in Berlin ist. Nach der Erstattung des Rapportes durch den Bataillonsführer Major Held und der Begrüßung der Gäste und Truppen, schritt der General die Front ab und überzeugte sich eingehend von der vorzüglichen Beschaffenheit der hiesigen Truppen. Anschließend folgte unter Vorantritt der Musik der Parademarsch der Truppen, der ebenfalls schneidig durchgeführt wurde. Hiermit war der militärische Akt beendet und die Truppen kehrten mit Musik in die Kaserne zurück. Exzellenz von Lüttwitz fuhr anschließend nach Halle weiter.

** **Vereinigung der Beamten und Angestellten der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Sachsen.** Am 11. Februar haben sich die Beamten und Angestellten in der genannten Vereinigung zusammengeschlossen. Die Vereinigung tritt dem „Verband der Beamten und Angestellten der öffentlichen Feuer- und Lebensversicherungsanstalten bei, welcher im Januar mit Sitz Hannover auf gewerkschaftlicher Grundlage gebildet worden ist, und bezweckt die Wahrung der wirtschaftlichen, rechtlichen und beruflichen Interessen seiner Mitglieder. Zum Vorsitzenden wurde Mathematiker Sattler, zum Schriftführer Herr Hippe gewählt.

** **Der Geselligkeitsverein „Einigkeit"** veranstaltete am gestrigen abend für seine Mitglieder, Gäste und Gönner des Vereins im Tivoli einen Unterhaltungsabend. Es gelangten Theaterstücke, Gesangsvorträge, sowie sehr gut ausgewählte Musikstücke zum Vortrag. Herrn Max Rothe ist vor allem der Verein hohe Anerkennung schuldig, denn selbiger brachte durch seine urkomischen Vorträge die Gäste in angenehme, fröhliche Stimmung, aber auch der gesamten theatralischen Gruppe sowie der Musikabteilung gebührt volle Anerkennung. Alles zeichnete sich durch ruhiges sicheres Auftreten aus. Im übrigen kann der Verein auf einen sehr gut verlaufenen Abend zurückblicken.

** **Der „Deutsche Volksjugendbund Merseburg"** hielt am Dienstag im Jugendheim „Herzog Christian" einen „Bunten Abend" ab. Geboten wurden literarische und musikalische Vorträge ernster und heiterer Art. Auf musikalischem Gebiete verdienen hervorgehoben zu werden: „Die Uhr" von Löwe, „Perpetuum mobile" von Bohm und vor allem Sonatine Nr. 3 von Schubert. Die wunderbare Wiedergabe des letzten Stückes war ein bemerkenswertes Zeichen für den ernsten Fleiß und die sehr gute Technik der jungen Künstler. Auch der deutsche Humor kam auf seine Kosten. Rezitationen aus Marcel Salzer fanden allgemein Anklang; besonders löste die bekannte Satire „Professor Historikus in der Geschichtsstunde" großen Beifall aus. Der gehaltvolle Abend fand ½11 Uhr mit dem gemeinsamen Gesang „Freude, schöner Götterfunken" sein Ende. — Es wurde beschlossen, am Dienstag den 17. Februar einen literarischen Abend abzuhalten. Gemeinsam gelesen wird Schillers „Kabale und Liebe". Vorausgehen wird ein Vortrag über Schillers Leben und Werke. Einige Musikstücke und Gesangsvorträge sowie ein kleines Lustspiel werden den Abend recht abwechselungsreich gestalten. Beginn 8 Uhr im „Herzog Christian". Gäste herzlichst willkommen.

** **Zaubervorstellung in der Funkenburg.** Das Gastspiel von Henry Uferini, eines Sohnes des bekannten Zauberkünstlers Uferini, der auch in Merseburg aufgetreten ist, war gut besucht und brachte in seinen drei Abteilungen viel interessante und sehenswerte Stücke, die allgemein gefielen und zum Teil mit Recht Staunen und Bewunderung hervorriefen. So war zum Beispiel das erste Experiment mit den Fingerhüten eine höchst anerkennenswerte Leistung. Andere Vorführungen, wie das Verschwindenlassen des Bauers mit Vogel, das Kugelspiel und das Trommelkunststück waren Beweise von der großen Geschicklichkeit des Zauberkünstlers. Höchst komisch wirkte das Geisterballet, das von zwei Pappgerippen ausgeführt wurde. Verblüffend war die Vorführung eines Geistes, der sich zum Schluß in den Meister Uferini selbst verwandelte. Besonders gefielen die Schauspiele schwarzer Wesen, die den dritten Teil des reichhaltigen und interessanten Programms ausmachten. Das waren wirklich hervorragende Illusionen, wie sie nur der größten Fingerfertigkeit gelingen. Verschönt wurde der Abend durch eine gefällige Unterhaltungsmusik während der Darbietungen und in den Pausen. Der Besuch des Uferinigastspiels kann daher aufs wärmste empfohlen werden. Alle Vorführungen sind wirklich erstklassig.

** **Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände** ladet für morgen, Freitag, abends ½8 Uhr, die Angestellten in Handel und Industrie, Kleinhandel und Behörden zu einer öffentlichen Versammlung ein. In der Versammlung spricht der Gauleiter Gutmann über das Betriebsrätegesetz und seine Einführung. Alles Nähere ist aus der diesbezüglichen Anzeige in dieser Zeitung ersichtlich.

** **Zu einer Besprechung über die Verkaufszeit in offenen Ladengeschäften** laden der Kaufmännische Verein Merseburg und der Rabatt-Spar-Verein alle an dieser Frage Interessierten ein. Die Versammlung soll am Freitag abend im Ratskeller um 8 Uhr abgehalten werden. Den Anlaß dazu gibt eine Umfrage des Reichsarbeitsministers über die zukünftige Gestaltung der Verkaufszeiten in offenen Ladengeschäften und ist deshalb eine allgemeine Ansichtäußerung notwendig und zahlreicher Besuch erwünscht.

** **Berichtigung.** In dem 2. Nachtrag zur Gedenktafel der Gefallenen und Vermißten unserer Stadt im Weltkrieg, enthalten in der Nummer vom vergangenen Sonntag, ist durch ein Versehen veröffentlicht worden Alfred Kunerth. Es muß aber heißen Alfred Kunath. Eventuelle Nachrichten an W. Kunath, Obere Breite Straße 21.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Freitag den 13. Februar.)

Ausgabe: Krankenfleischmarken im Rathaus am Makt von 9—12½ Uhr.

Zusatzkarten an die Inhaber von Kartoffelkarten im alten Rathaus (Burgstraße) von 8—2½ Uhr gegen Vorlage des Lebensmittelheftes und Kartoffelstammkarte für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A—J, nur an Erwachsene.

Frischfleisch 125 Gramm für jede Person auf städtische Fleischmarken, Freitag und Sonnabend.

Roßfleisch: Ordnungsnummern 3601—3800 bei Möbius (Tiefer Keller 1), Ordnungsnummern 3801—4000 bei Hoffmann (Brühl 6), von 2—4 Uhr.

---

§ **Lauchstedt,** 12. Febr. Kürzlich hielt die Ortsgruppe Lauchstedt der Deutsch-demokratischen Partei ihre Generalversammlung im Bahnhofs-Restaurant ab. Der Vorsitzende, Zimmermeister Rath, führte in der Erstattung des Jahresberichts aus, daß das verflossene Jahr ein reiches Arbeitsjahr gewesen sei, denn es waren nicht weniger als drei Wahlagitationen zu führen. Daß die umfangreiche Arbeit geleistet wurde, sei zum größten Teil den Herren vom Ausschuß zu danken, die sich keiner Zeit und Mühe gescheut haben. So ist die Partei bei der Stadtverordnetenwahl als die stärkste mit 5 Abgeordneten ins Stadtparlament eingezogen. Außerdem hat sich der Vertreter des Beamten-Vereins, Parteifreund Wallroth, der demokratischen Fraktion angeschlossen, so daß wir über die Hälfte der Mandate des Stadtparlaments verfügen. Nach all dem Erfreulichen haben wir auch eine Enttäuschung erleben müssen und zwar bei den Kreistagswahlen. Hier haben die Schafstädter bürgerlichen Stadtverordneten uns im Stich gelassen und direkt einen Unabhängigen in den Kreistag gewählt. (Diese Angelegenheit wurde seinerzeit schon von dem „Merseb. Korr." bekannt gegeben.) Trotzdem können wir mit dem Erreichten voll zufrieden sein. Am Schlusse dieser Ausführungen dankte der Vorsitzende den Ausschußmitgliedern für ihre hervorragenden Dienstleistungen in herzlicher Weise. Danach erstattete der Kassierer Loose den Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben sind durch die geführten Wahlagitationen in 17 Ortschaften vollständig aufgebraucht worden. Um eine ordnungsmäßige Geschäftsführung und geregelte Kassenverhältnisse zu schaffen, ist die Organisation umgebaut und die Einführung von festen Beiträgen beschlossen worden. Der bisherige Vorstand, 1. Vors. Zimmermeister O. Rath, 2. Vors. Rentier A. Wagner, Schriftf. Kaufm. C. Thomas, Kassierer Ratskellerwirt O. Loose, und die Ausschußmitglieder Kirch, Kreidner, Obermstr. Rühlemann, Friedtland, Wallroth und Wand wurden einstimmig wiedergewählt. Alle Herren nahmen die Wahl dankend an und versprachen, im demokratischen Sinne weiter zu arbeiten. Hierauf gab das Ausschußmitglied Wallroth in kurzen Umrissen seine auf dem Parteitag gewonnenen Eindrücke wieder. Er erläuterte das dem Parteitag zur Beratung vorliegende Parteiprogramm. Hieran anschließend ging er auf die politischen Tagesfragen über, den Staatsbankerott, Verfassungsausschuß, Untersuchungsausschuß und das vielgepriesene Nationalbewußtsein. Er kennzeichnete unsere Stellungnahme zu diesen Fragen und die der anderen Parteien. Der Vortrag über Kommunalpolitik wurde wegen vorgerückter Stunde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Mit herzlichen Dankesworten schloß der Vorsitzende die anregende Versammlung. W.

§ **Groß-Lehna,** 12. Febr. Am Sonnabend dieser Woche wird im Gasthof „Zum Jäger" hier eine öffentliche Landwirteversammlung abgehalten. In dieser wird der Sekretär Bax vom Deutschen Bauernbund über „Wirtschaftliche und politische Strömungen in der Landwirtschaft" in ausführlicher Weise sprechen. Die Versammlung ist besonders für die kleinen und mittleren Landwirte von größter Wichtigkeit und kann ihnen nur zahlreichster Besuch angeraten werden.

§ **Großgörschen,** 12. Febr. Bei dem hiesigen Standesamt wurden im Monat Januar angemeldet: 3 Geburten (Knaben), 3 Eheschließungen und 1 Sterbefall.

§ **Lützen,** 12. Febr. Vergangenen Montag, morgens zwischen 5 und 6 Uhr, wurde in das dem Schuhmachermeister P. Mohse hier gehörige Hausgrundstück eingebrochen. In raffiniertester Weise nutzten die Diebe die Abwesenheit der Eheleute aus und drangen mittels Nachschlüssels in das Gebäude ein, durchwühlten Kasten und Schränke und nahmen Wäsche, Kleidungsstücke, Leder und eine Summe Geld mit sich fort. Durch die frühe Abwesenheit der Eheleute, welche nach Leipzig zum Begräbnis gefahren waren, und der jetzt noch herrschende Dunkelheit konnten die Diebe ihre Arbeit in aller Ruhe ausführen. Der Schaden, der den schon hochbetagten Leuten zugefügt wurde, beläuft sich auf mehrere Tausend Mark.

§ **Aus dem Kreise Merseburg,** 12. Febr. Über die Belieferung der Druschbetriebe mit elektrischem Strom gibt der kommissarische Landrat in Merseburg folgendes bekannt: Den Landkraftwerken Kulkwitz ist es leider nicht möglich, den für den Druschbetrieb erforderlichen Strom während des ganzen Tages zu liefern. Nach Vereinbarungen mit anderen Werken können sie jetzt aber von 12½ Uhr mittags bis zum Eintritt der Dunkelheit Strom für den Druschbetrieb voll liefern. In den Vormittagsstunden muß die Sperre jedoch nach wie vor bestehen bleiben d. h. die Belieferung kann nur in geringem Umfange insoweit erfolgen, als den Landkraftwerken Strom zur Verfügung steht. Es wird aber ersucht, auch während der Nachmittagsstunden nach wie vor immer nur die Hälfte der in den einzelnen Orten angeschlossenen PS. gleichzeitig zu benutzen, weil sonst mit einer Überlastung und dadurch bedingtem Schadhaftwerden der Ortstransformatoren zu rechnen ist. Die Ortschaften des Geiseltales können auch weiterhin von Kulkwitz aus dauernd beliefert werden. Die Neuregelung kommt also nur für die nördlich von Clobicau liegenden Ortschaften des Kreises Merseburg in Betracht.

Mücheln und Umgegend.

12. Februar.

‡ **Querfurt,** 12. Febr. Zwecks Gründung einer Arbeitsgemeinschaft und Anbahnung von Tarifverhandlungen hatten sich Dienstag abend im Restaurant Hildebrandt die weiblichen und männlichen organisierten Privatangestellten Querfurts versammelt. Der Referent des Abends gab ein Bild des Zweckes und der Ziele der zu gründenden Arbeitsgemeinschaft. Die annähernd 60 Anwesenden erkannten die Notwendigkeit der Anbahnung von Tarifverhandlungen in Querfurt ausnahmslos an und wählten aus ihrer Mitte heraus einen Ausschuß, welcher die erforderlichen Schritte bei den Angestelltenverbände unternehmen soll.

Sport und Leibesübungen.

— **Die Damenabteilung des Vereins für Leibesübungen** hielt gestern abend ihre 1. Versammlung im „Kyffhäuser" ab, welche von fast allen Mitgliedern besucht war. Die Gründung dieser Abteilung zeigt wieder, wie rührig dieser Verein arbeitet, um auch der weiblichen Jugend Gelegenheit zu geben, sich im Turnen, Sport und Spiel zu betätigen zu ihrer Gesundheit und zur Hebung der deutschen Volkskraft. In diesem Sinne war auch die Begrüßungsrede des 1. Vorsitzenden des V. f. L., Herrn Biebach, gehalten. Turnwart Ochse ließ sich in längeren Ausführungen über das Frauenturnen aus und betonte, daß jetzt besonders auf dem Gebiet der Leichtathletik der weiblichen Jugend Gelegenheit gegeben ist, sich auszubilden, wie bereits in den größeren Städten Deutschlands Wettkämpfe dieser Art (Wettlaufen, Springen, Speerwerfen, Kugelstoßen) ausgetragen werden. So soll es auch hier geschehen. Vorläufig bestehen im V. f. L. eine Turnerinnenabteilung, welche bereits ganz Ersprießliches geleistet hat, und eine Damen-Schwimmabteilung. Diese wird erstmalig diesen Sommer auf den Plan treten und an Wettkämpfen wohl ein gewichtiges Wort mitreden, da sie bereits über nambafte Kräfte verfügt. Geplant ist für kommendes Frühjahr die Einrichtung von Spielabteilungen, so z. B. Tamburin, Faustball, Korbball, Ball über die Schnur usw. Dem Verein steht ja zur Abhaltung derartiger Spiele reichlich Platz auf seinem Grundstück „Augarten" zur Verfügung. Die Verwaltung der Damenabteilung liegt in den Händen des Gesamtvorstandes und ist dem Turnrat zugeteilt. Zu Vertreterinnen der Abteilung in den Vorstand wurden von der Versammlung gewählt: Frl. Helene Wege, Oberburgstrae 10, als Schriftführerin, Frl. Gertrud Morgner, Luisenstraße 20, als stellv. Leiterin der Turnerinnenabteilung und Frau A. Peege, Teichstraße 25, als Leiterin der Schwimmabteilung. Anfragen und Anmeldungen sind an diese Damen zu richten. Hoffentlich findet der Verein auch in dieser Richtung noch recht viel Anhänger und Freunde zur Erreichung des großen Zieles: Ertüchtigung der bisher so wenig beachteten weiblichen Jugend zum Wohle unserer so arg darniederliegenden Volksgesundheit. D.

Der Ortsausschuß für Leibesübungen

hielt am letzten Montag im „Herzog Christian" seine erste Mitgliederversammlung ab, die von den angeschlossenen Vereinen zahlreich besucht war. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde in die Erledigung der umfangreichen Tagesordnung eingetreten. Der Anschluß an den Reichsausschuß für Leibesübungen wurde beschlossen. Ferner sind für dieses Jahr einige größere Veranstaltungen ins Auge gefaßt, die alle Leibesübungen treibenden Vereine auf den Plan bringen sollen und den Einwohnern von Merseburg das große Ziel, die Ertüchtigung der Jugend, vor Augen führen soll. So ist die Abhaltung eines Jugendstädtespieles Merseburg-Halle, sowie ein Sternlauf beschlossen, dessen Vorarbeiten einer Kommission übertragen wurden. Einzelheiten werden später der Öffentlichkeit mitgeteilt. Auch das bisher alljährlich stattgefundene Jugendsportfest wurde in längeren Verhandlungen durchberaten und Herren bestimmt, welche die Vorarbeiten übernehmen, damit die Veranstaltung einwandfrei zur Ausführung kommt. Auch der unhaltbaren Zustände in der hiesigen, jetzt einzigen zur Verfügung stehenden Turnhalle wurde Erwähnung getan und beschlossen, auf baldige Änderung und Besserung hinzuarbeiten. Überhaupt wurden die für die hiesige Stadt gänzlich unzureichenden turnerischen und sportlichen Übungsstätten und Einrichtungen von allen Seiten angeführt und daher die Einrichtung einer städtischen Deputation für Körperpflege mit Freuden begrüßt und daran der Wunsch geknüpft, daß eine Besserung dieser unhaltbaren Zustände mehr in die Nähe gerückt wird. Als Vertreter für den Ortsausschuß Halle wurde der 1. Vorsitzende bestimmt. Die dem Ausschuß noch nicht angeschlossenen Vereine sollen zum Beitritt aufgefordert werden, um alle hier bestehenden Vereine, die sich die Körperpflege in irgend einer Form zum Ziele gemacht haben, zu vereinigen. Die Verhandlungen nahmen die zur Verfügung stehende Zeit voll in Anspruch und ergaben, daß alle Vereine bereit sind mitzuarbeiten, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

*

≙ **Meisterschaftsspiele der Reichswehr.** 3. Abt. Halle—4. Abt. Wittenberg 5:0 (2:0). Polizei-Batl. Halle—1. Abt. Merseburg 8:1. Polizei-Bat. Halle—Brigadestab Weimra 10:0 (6:0). 1. Abt. Merseburg—4. Abt. Wittenberg 2:1 (1:0). 4. Abt. Wittenberg—Brigadestab Weimar 4:0 (1:0).

≙ **Schauübungen** anläßlich der Wahlversammlung der Deutschen Sportbehörde für Athletik in Halle. Kommenden Sonntag werden bei Schauübungen die Turner mit Reckübungen und Springen am hohen Pferd, die Leichtathleten mit vorbereitenden Übungen und einigen Beispielen aus der Technik ihrer Sportarten aufwarten. In einem Gymnastik-Reigen in Kostümen werden die Damen der vereinigten Abteilungen sich beteiligen. Etwa 40 erstklassige Lichtbilder werden u. .a. sehr schöne Momente aus großen Spielen bringen.

≙ **Neugründung des Muldegaues.** Die bisher zum Saalegau gehörenden Vereine V.f.L.-Bitterfeld, Union-Sandersleben, Wacker-Zörbig, Sportklub-Zörbig, Sportklub-Bitterfeld, Sportklub-Holzweißig und mehrere kleine Vereine haben einen eigenen Gau gebildet, der den Namen „Muldegau" führt. Damit sind die gegen sie angesetzten Spiele im Saalegau hinfällig.

Vermischtes.

* **Karnevalverbot.** In München ist, wie uns gemeldet wird, der Karneval mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit verboten worden.

* **Schuhnägel als Zahlungsmittel.** In Neustadt an der Aisch in Mittelfranken zahlt das Postamt mangels Kupfergeldes die Pfennige in Schuhnägeln aus.

* **Eine Million für Milch an Unbemittelte.** Der Berliner Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, zum Zwecke der Verbilligung der Milch für Unbemittelte eine Million Mark zur Verfügung zu stellen. Die Verbilligung soll werdenden Müttern und Kindern bis zu 2 Jahren und solchen Schwerkranken, denen mindestens ¾ Liter verschrieben wurde, zugute kommen. Unter der Voraussetzung dringendster Bedürftigkeit soll diesen die Milch statt mit 2 ℳ nur mit 1,80 ℳ geliefert werden.

* **Bewaffnete Räuber überfielen Montag abend um 9 Uhr den** Wächter Wilhelm Schatting auf dem Grundstück Weiganbufer 42 in Berlin, um eine Schuhwarenfabrik auszuplündern. Nach der Darstellung des Wächters befand sich dieser gerade auf der Treppe zu der Schuhfabrik von Jaschewski, als plötzlich vier unbekannte Männer über ihn herfielen und ihn fesselten. Einer von ihnen blieb als Wache bei ihm stehen. Die anderen drei erbrachen die Eingangstür zu den Fabrikräumen, raubten für 50000 ℳ Schuhwaren und flüchtete mit der Beute. Erst zwei Stunden später entfesselte der wachestehende vierte Dieb den Wächter und entfernte sich. Die Neuköllner Kriminalpolizei beschäftigt sich mit der Aufklärung des räuberischen Überfalles.

* **Ein kurioser Valuta-Gewinn.** Von der deutsch-schweizerischen Grenze wird der „Frankf. Ztg." folgender Vorfall berichtet, der die ganze Jämmerlichkeit unserer Valutaverhältnisse illustriert: Ein badischer Grenzbewohner war im Jahre 1918 wegen Schmuggels von der schweizerischen Grenzpolizei verhaftet und nachträglich gegen eine Kaution von 5000 Franken wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Für die 5000 Franken zahlte er damals rund 7500 ℳ. Die Angelegenheit zog sich in die Länge und endete erst kürzlich mit der Verurteilung des Angeschuldigten zu 3000 Franken Buße, wozu noch etwa 300 Franken Gerichtskosten hinzukamen. Der biedere Schmuggler erhielt demgemäß vor einigen Tagen den Restbetrag seiner Kaution mit 1700 Franken ausbezahlt, für die er auf der Bank über 24000 ℳ einwechselte. Reingewinn demnach 16000 ℳ; wenige Tage später hätte er noch wesentlich mehr bekommen.

* **Kräftiges Vorgehen gegen Brotgetreideunterschlagung** wendet man auf der linken besetzten Rheinseite an. In Dahlheim hat ein Kommando von dreißig deutschen und französischen Gendarmen, Soldaten und Hilfsgendarmen den Säumigen, die sich bei der Ablieferung der Pflichtmengen in passiver Resistenz verhielten, einfach kurzerhand dreihundert Zentner Roggen und Weizen beschlagnahmt. Um sie als Selbstverbraucher nicht zu schädigen, sind ihnen dafür Brotkarten ausgehändigt.

* **Fürst Bülow und der Fremde.** Die „B. Z." erzählt die folgende Anekdote: Fürst Bülow wohnt zurzeit im Hotel Bristol in Berlin. Zu seinen Zimmern führt ein kleiner Vorraum, der zugleich als Kleiderablage dient. Kürzlich tritt der Fürst aus seinem Zimmer in den Vorraum und trifft da einen Herrn, der eben dabei ist, den Mantel an den Haken zu hängen (oder abzunehmen). Der Fürst fragt sehr freundlich, womit er dienen könne, der Herr fragt etwas verlegen nach Direktor Schulze. Der Fürst sagt noch freundlicher, da habe sich der Herr in der Zimmernummer geirrt, der Herr fragt, wie die richtige Nummer des Direktor Schulze sei. Der Fürst sagt, das wisse er leider nicht, am besten frage der Herr den Etagenkellner, den er da rechts hinunter den Korridor und dann um die Ecke finde. Der Fürst erklärt ihm noch einmal den Weg, nimmt dann den Paletot vom Haken und hält ihn dem Herrn hin. Der schlüpft hinein, bedankt sich sehr höflich und geht. Eine Stunde später will der Fürst ausgehen, sucht seinen Mantel, findet ihn nicht und erinnert sich, daß er selbst dem Fremden hineingeholfen hat —! Der Fürst will aber noch heute nicht glauben, daß der fremde Herr ein Manteldieb gewesen sein könnte, er glaubt noch immer an ein Versehen beiderseits.

* **Der Nachwuchs — das 27. Kind.** Nach den soeben erschienenen Monatsberichten des Statistischen Amtes der Stadt Berlin für den Monat Oktober 1919 ist die Zahl der Eheschließungen gegen das Vorjahr um 100 Prozent gestiegen, ebenso die der Geburten. Mehrere Familien können auf eine recht zahlreiche Nachkommenschaft hinweisen. So erhielten im Oktober acht Mütter ihr zehntes, ja sechs Mütter ihr elftes und zwölftes Kind. Vier Familien bekamen das fünfzehnte und eine Familie sogar das sechzehnte Kind. Den Geburtenrekord schlug aber eine Mutter im Alter von 35—40 Jahren (!), die dem siebenundzwanzigsten Sproß — einem Knaben — das Leben schenkte. Dieses Ereignis ist sogar dem Statistischen Amte überraschend gekommen. Die statistischen Tabellen nämlich, die nur bis zur Annahme des 22. Kindes reichen, mußten erweitert werden, um das 27. Kind vermerken zu können.

* **Einen raffinierten Trick** hatten drei Düsseldorfer Warenhausdiebe ersonnen, die im ganzen Reiche umherreisten und zuletzt fast alle größeren Berliner Kauf- und Warenhäuser heimsuchten. Die drei, ein 52 Jahre alter Arbeiter, ein 22 Jahre alter Mechaniker und eine erst 16 Jahre alte Kontoristin arbeiteten in der Weise, daß das junge Mädchen als harmlose Käuferin auftrat, während ihre beiden männlichen Begleiter stahlen. Die Beute ließen sie in einem von dem Mechaniker ausgeklügelten und angefertigten Koffer verschwinden, der sich äußerlich von anderen Koffern nicht unterschied, durch einen Mechanismus aber mit einer großen Mausefalle zu vergleichen ist. Er besitzt nämlich eine bewegliche Seitenwand, die im Innern mit einer Stahlfeder versehen ist. Diese drückten die Diebe herunter und steckten die Beute hinein. Durch den Federdruck schloß sich die Seitenwand wieder von selbst geräuschlos. Als die drei Diebe jetzt endlich entlarvt wurden, enthielt der Koffer wieder für 10000 ℳ gestohlene Ware.

* **Ein Knabenseminar abgebrannt.** Eine Feuersbrunst zerstörte, wie aus Brüssel gemeldet wird, in Nivelles (Provinz Brabant) sämtliche Gebäude einer Knabenschule und das dazu gehörende Internat. Vier Zöglinge kamen in den Flammen um, mehrere wurden verletzt. Man fürchtet, daß noch Opfer unter den Trümmern liegen.

* **Auf einer alpinen Skitour tödlich verunglückt.** Aus Graz wird gemeldet: Der Universitätsprofessor Frauenarzt Max Stolz, der am vorigen Sonntag mit seiner Gattin auf der Pretulalpe eine Skitour machte, verunglückte im Schneesturm. Er wurde am Montag erfroren und tot aufgefunden; seine Gattin ist am Leben geblieben.

* **Das Bügeleisen als Brandstifter.** Ein nicht abgestelltes elektrisches Bügeleisen verursachte ein Großfeuer in der Feldmühle in Rohrschach bei Basel. Es verbrannten Fabrikanlagen mit fertigen und halbfertigen Bäckerei- und Lebensmittelfabrikaten im Gesamtwerte von über 2 Millionen Franken.

* **Ehetragödie in einer Berliner Klinik.** In einer orthopädischen Anstalt im Westen Berlins hat sich gestern eine Ehetragödie abgespielt. Bei dem Besitzer der Klinik war die Frau des Schlossermeisters Wormuth, die seit längerer Zeit von ihrem Manne getrennt lebt, als Wirtschafterin tätig. Der Schlossermeister verfolgte seine Frau unablässig und drang am Mittwoch mittels eines Nachschlüssels in die Klinik ein. Nach einem kurzen Wortwechsel zwischen den Eheleuten schoß der Ehemann seiner Frau mehrere Kugeln in den Unterleib. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und erschoß sich. Die schwer verletzte Frau konnte sofort operiert werden und wird wohl am Leben erhalten bleiben.

* **Sühne für das Verbrechen von Schneidemühl.** Das scheußliche Eisenbahnattentat vom 20. Januar zwischen den Stationen Schönlanke und Stöwen bei der Blockstation Kiefernbrunn, wo ein Eilgüterzug entgleiste und kurz darauf der D-Zug 4 Schneidemühl—Berlin in die Trümmer des Eilgüterzuges hineinfuhr, so daß 18 Personen getötet und 26 verletzt wurden, fand in Schneidemühl seine Sühne vor dem Schwurgericht. Die Zeugenvernehmung nahm, da der Angeklagte geständig war, sehr kurze Zeit in Anspruch. Aus allem ging hervor, daß er das scheußliche Verbrechen planmäßig vorbereitet und durchgeführt hat. Die Sachverständigen schätzten den reinen Materialschaden auf etwa sechs Millionen Mark. Durch den Spruch der Geschworenen wurde der Angeklagte des Mordes an 18 Personen für schuldig befunden und ferner auch der Gefährdung eines Eisenbahntransportes. Das Gericht erkannte auf Todesstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

* **Prinz und Dollarprinzessin.** Prinz Christoph von Griechenland ist in der russischen Kirche von Vevey mit der reichen Amerikanerin Nonnie Stewart Leeds getraut worden. Der Kirchenfeier wohnten die Königin Mutter von Griechenland, der Herzog von Sparta — das ist der Exkronprinz von Griechenland — und andere Mitglieder der griechischen Königsfamilie bei.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Rößner, für den Anzeigenteil: Franz Gomm beide in Merseburg.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-607876913l9200213-16/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen zu bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir hiermit unsern verbindlichsten Dank.

Merfebg., d. 12. 2. 1920

Friedrich Schauer nebst Angehörigen.

Zwangsversteigerung.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft, die in Ansehung des in Geusa belegenen, im Grundbuche von Geusa, Band VII, Blatt 236, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Handarbeiters Friedrich Klappach und dessen Ehefrau Johanne geb. Zuche zu Geusa je zur Hälfte eingetragenen Grundstücks, Gemarkung Geusa, Kartenblatt 3, Parzelle 355/156 2c., Häuslerstelle Nr. 16 mit Hofraum von 3 ar 83 qm, 60 Mk. Nutzungswert, bezüglich beider Eheleute Klappach besteht, soll dieses Grundstück

am 27. März 1920, vormittags 9 Uhr

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.

Merseburg, d. 16. Januar 1920.

Amtsgericht.

Freiwill. Auktion.

Sonnabend, den 14. Februar d. J., von 10 Uhr vormittags an werde ich im Gasthof „Zum Thüringer Hof", hier, einen großen Posten:

180 Paar neue Herren- und Damenschuhe sowie einige Möbel, 1 Kinderwagen und 1 Grammophon mit Platten

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Albert Franke, beeidigter Auktionator.

Möbliertes Zimmer

für Herrn zum 15. d. M. evtl. später gesucht. Offerten an Siemens Schuckert, Leunawerke.

Möbliertes Zimmer gesucht.

Off. u. 387 an die Exp. d. Bl.

Anständiger junger Mann sucht für sofort oder bald

frdl. möbl. Zimmer

Offerten unter „380" an die Exped. d. Bl. erbeten.

Suche eine größere Wohnung in Merseburg oder Umgebung. **Walter Jung, Kolonie Rössen,** Mittelstraße Nr. 12.

Ein Wohnhaus

Mitte der Stadt, bei 20—30000 Mark Anzahlung sofort zu kaufen gesucht. Offerten unter Nr. 378 an die Exped. d. Bl.

15—25000 Mk.

sofort oder später auszuleihen. Offert. unt. 381 an die Exp. d. Bl.

Gut erhaltener

Gehrock-Anzug

zu verkaufen. Besichtigung von 5 Uhr abends.

Cröllwitz Nr. 40.

Ein fast neuer

Herren-Ueberzieher

(große Figur) billig zu verkaufen Saalstraße Nr. 14.

Damenmaske

zu verl. Hallesche Str. 27, pt.

Neue Bluse und Hut

passend für junges Mädchen, zu verkauf. Unter-Altenburg 55.

Nachruf!

Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb am 27. Januar unser verehrtes Vereinsmitglied Fräulein

Martha Stenzel

im blühenden Alter von 21 Jahren.

Wir betrauern in der allzu früh Verstorbenen eine liebe Freundin und Förderin unseres Vereins. In unserem Herzen wird sie ewig weiterleben!

Runstedt, den 11. Februar 1920.

Der Gesellschaftsverein.

Aufrichtigen Dank

für die erwiesene Teilnahme, welche uns von nah und fern bei dem schmerzlichen Verlust meiner geliebten Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Charlotte Mahnert

zuteil wurde.

Merseburg, den 12. Februar 1920.

In großem Schmerz:

Die trauernde Mutter und Angehörige.

Roßfleisch-Verkauf am 13. Februar 1920

bei Möbius, Tiefer Keller 1,

nachm. von 2—3 Uhr auf die Nummern 3601—3700

„ „ 3—4 „ „ „ „ 3701—3800

bei Hoffmann, Brühl 6,

nachm. von 2—3 Uhr auf die Nummern 3801—3900

„ „ 3—4 „ „ „ „ 3901—4000

auf Feld 7 der Roßfleischkarte.

Merseburg, den 12. Februar 1920. L A I 169/20.

Das städtische Lebensmittelamt.

Jagd-Verpachtung.

Gemäß § 21 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die Nutzung der Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Stadtgemeinde Merseburg, der mit Genehmigung des Bezirksausschusses zu Merseburg in einen nördlichen, etwa 968 ha großen, und einen südlichen, etwa 378 ha großen Bezirk zerlegt worden ist, auf die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem 1. Juni 1920, durch öffentliches Ausgebot verpachtet werden soll.

Die Pachtbedingungen liegen bis zum 26. Februar 1920 im Zimmer 18 des Rathauses, 2 Treppen, aus.

Verpachtungstermin ist auf

Donnerstag, den 4. März 1920, vorm. 11 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer, Rathaus, 2 Treppen,

anberaumt.

Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der vorbezeichneten Auslegungsfrist Einspruch beim Bezirksausschuß erheben.

Merseburg, den 24. Januar 1920.

II 84/20. Der Jagdvorsteher.

Landwirtsch. Inventarauktion

Dienstag, den 17. Februar d. J., von vorm. 10 Uhr an, findet im **Paul Hauptmann**schen **Grundstück zu Meuschau** bei Merseburg wegen Wirtschaftsveränderung der Verkauf des gesamten lebenden und toten Wirtschaftsinventars öffentlich meistbietend gegen Barzahlung statt. Zum Verkauf kommen:

3 gute Arbeitspferde, 1 Kuh, 2 Stück Jungvieh, 1 dreizöll. Rüstwagen, 2 Ackerwagen, 1 Rollwagen, 1 Marktwagen, 1 halbverdeckter Kutschwagen, 1 Dogcart (fast neu), 1 Ableger, 2 Grasmäher, 1 Heuwender, 1 Drill-, 1 Häcksel-, 1 Reinigungs-, 1 Kartoffelrode-Maschine, 1 Rübenschneider, 1 Milchzentrifuge, 1 Zweischaar-Pflug, 1 eis. Pflug (Sack), 1 Igel, 1 Satz eis. Eggen, 2 Holzeggen, 1 Kultivator, 1 Krümmer, 1 Ackerschleppe, 1 Rübenheber, 1 Cambridgewalze, Walzenteile, 1 Jauchenfaß, 2 Kutschgeschirre, 4 Ackergeschirre, 1 Glasschrank, 1 eis. Bettstelle, 1 Mehlkasten, sowie noch viel verschiedenes andere Haus-, Acker- und Wirtschaftsgerät.

Die Pferde und Kuh können nur im Kreise Merseburg angekauft werden. Kaufliebhaber sind hierzu höflichst eingeladen.

Albert Franke, Auktionator.

NB. Silber wird 1 Mk. mit 8 Mk. und Gold 10 Mk. mit 150 Mk. in Zahlung genommen.

Tel. 203 — Tel. 203

Schreibmaschinen

Fahrräder * Nähmaschinen * Motorräder

Kraftwagen

werden schnell und sachgemäß repariert in der

Reparaturwerkstatt

Gustav Engel Söhne

Merseburg, Weißenfelser Str. 7

Tel. 203 — Tel. 203

Kammer-Lichtspiele!

Ab Freitag bis Montag:

HENNY PORTEN

mit ihrem sprudelnden Humor in ihrem neuesten Werk:

„Die Fahrt ins Blaue!!!"

Allerliebstes, köstliches Lustspiel in 4 Akten von H. Fredall und Hans Kräly.

:—: **„Jrenes Fehltritt!!"** :—:

Ergreifendes Familien- und Gesellschafts-Drama in 5 Akten mit MARIA WIDAL.

„Liebe bleibt Trumpf!"

Reizendes Lustspiel in 3 Akten.

Das ist's

das hervorragende, unübertreffliche Schuh- und Lederfett gelb und schwarz.

SCHNEIDER

---

1 Paar getragene Langstiefel

fast neu, Größe 41, zu verkaufen. Zu erfragen in der Erped. d. Bl.

Ein Paar gut erhaltene

Damen-Lackstiefel

Gr. 36 zu verkaufen

Große Sixtistraße 8.

Gebrauchte Möbel

zu verkaufen. Morgens v. 9—12 und Mittags von 2—4½ Uhr. Brauhausstraße 11, 1 Tr.

Zu verkaufen:

Vertikow, Sofa mit Umbau, 2 Tische (Nußbaum fourniert), sehr gut erhalt. Näh. i. d. Exp. d. Bl.

Hoher hell. Wandspiegel mit Konsole

zu verk. Bürgergarten 11, pt.

Kinderkorbgestell

zu verkaufen.

Weißenfelser Str. 24, pt.

Zirka 30 Zentner

Langstroh

hat abzugeben

Ad. Becherer, Spergau Frankleben Str. 12.

Wachsamer Hofhund

ist zu verkaufen

Zöschen Nr. 35

Eine gut erhalt. Konzertzither

zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 382 an die Exped. d. Bl. erbet.

Kriegsgefangener

Familienvater, kürzlich heimgek., sucht, zum Erwerb, für sein Rad Mäntel u. Schläuche zu soliden Preis. Off. u. 388 an d. Exp. d. Bl

---

Gut erh. Militär-Anzug

zu kaufen gesucht. Gefl. Offerten unter 383 zu richten an die Exped. d. Bl.

Kaufe Damenfahrrad mit oder ohne Bereifung.

Off. u. 385 an die Exp d. Bl.

Schulranzen

zu kaufen gesucht. Offerten unter F S 379 in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst.

Begründer D. Friedrich Naumann.

Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer

Probeheft kostenfrei. — Vierteljahrespreis 5 Mark.

Verlag der „Hilfe". Berlin NW. 40.

Verbrennungs-Särge

aus Metall und Holz,

sowie großes Lager **eichener und kieferner Pfostensärge**

Metall-Särge.

Sarg-Magazin von **O. Scholtz Ww.**

Inhaber Gebr. Scholtz

Gotthardtstraße 34. Merseburg. Gotthardtstraße 34.

Kochherde

empfiehlt **Hermann Müller, Schmale Str. 19**

Anzeigen

erzielen den

größten Erfolg

in dem am meisten gelesenen

„Merseburger Korrespondent"

Eine bilanzsichere Buchhalterin

welche die Kasse und leichte Schreibarbeit mit zu übernehmen hat, wird in angenehme Stellung per bald verlangt. In Frage kommen nur sichere Rechner und keine Anfänger für Dauerstellung. Ausführliche, selbstgeschriebene Offerten mit Bild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen umgehend erbeten.

Neumarkt 18 H. Taitza, Merseburg, Markt 19

Geschäftshaus für Manufakturwaren, Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion.

Jeden Posten

Makulatur

kauft auf Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Schafwolle

kauft kleine Posten gegen Briefmuster (200 gr) größere nach Besichtigung zu Mk. 28—35 per Pfd. je nach Qualität. **Gerh. Ilder, Leipzig, Nordstraße 38.**

Zigaretten

in großer Auswahl, nur rein orient. Tabake v 15—40 Pfg.

Karl Mühlbach

Neumarkt 34. Sand 16.

Wäsche, auch Leihwäsche, zum Waschen u. Plätten w. angenommen

Marta Beine, Gr. Ritterstr. 1, 1 Tr.

Fuhren

aller Art werden angenommen. Kohlen im Kleinverkauf.

A. Müller, Brauhausstr. 10.

Heirat!

Damen und Herren, mit u. ohne Vermögen, welche sich schnellstens glücklich verheiraten wollen, erhalten sof. diskret Auskunft durch **Concordia, Berlin O 34.**

Heirats-Gesuch.

Witwer, 37 J., sucht Bekanntschaft mit einer jg. Dame oder Kriegerwitwe, mit 1 u. 2 Kindern nicht ausgeschlossen. Off. unt. 836 an die Exp. d. Bl.

Gebe Nachhilfestunden

in Latein, Mathematik u. and. Fächern und erteile **Unterricht** in Stenographie (Stolze-Schrey). Zu erfrag. in der Exp. d. Bl.

Junges Mädchen, in Stenographie und Schreibmaschine bewandert, sucht Stellung. Gefl. Angebote erbeten unter 367 an die Exp. d. Bl.

Ein Geschirrführer

nicht unter 18 Jahren, der die Landwirtschaft versteht, wird zum 15. Februar gesucht.

Winkel Nr. 2.

Einige kräftige

Arbeitsburschen

stellt noch ein

Lauchstedter Straße 21, pt.

15—16 jährige Arbeitsburschen

sucht für sofort

Peitschenfabrik Hallesche Str.

Einen Lehrling

sucht zu Ostern

Otto Wittenbecher, Handelsgärtner, Neumarktstor 1.

Lehrlinge

für unsere Setzerei und Druckerei zu Ostern gesucht

Buchdruckerei Th. Rößner.

Kaufmänn Lehrling

nach Schuljahrschluß auf unser Büro gesucht. Schriftl. Angebote erbeten an

Schlienz & Becker, Merseburg.

Persönliche Vorstellung vorerst nicht erwünscht.

Aufwartung

gesucht Klausentor 5.

Clarinetten-Etui

am Dienstag, den 10. Febr. in der Halleschen Straße abhanden gekommen. Bitte geg. Belohn. abzugeben Markt 23.

Diejenige Person,

die den Schirm aufhob, der aus der Elektr. um 12 Uhr mittags herausfiel, ist erkannt und wird gebeten, denselben bei Herrn **G. Röder,** Roßmarkt, gegen gute Belohnung abzugeben.

Ich warne hiermit jedermann, meiner Frau etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.

Wilh. Zernick, Kötzschen 73.

Mit dem Hochwasser der Saale ist ein Stück

Eschenholz angeschwemmt

24×300. Eigentümer kann geg. Ins.-Geb. abholen Trebnitz 13.

Die junge Dame

welche mir an der Merseburg—Mücheln er Haltestelle ihre Pakete übergab, wird gebeten, dieselben beim Kaufmann Otto Sperhake in Groß-Kayna abzuholen.

Hermann Schladitz

Uhrmacher

Großes Lager moderner Uhren

Zeitgemäße Schmucks
Bestecke
Optische Artikel

Kl. Ritterstr. 11

Fernsprecher 472

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200213-16/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 37. Freitag den 13. Februar 1920. 46. Jahrg.

Provinz und Umgegend.

h. Halle, 12. Febr. Die letzte Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich in eingehender Weise mit der Erhöhung der Lustbarkeitssteuer. Gegen die geplante Erhöhung hatten sowohl sämtliche Sportvereine, sowie die Lichtspielhäuser und der Gastwirteverein Protest eingereicht. Einen Erfolg hatten nur die Sportvereine zu verzeichnen, indem sich die Stadtverordneten fast einmütig auf den Standpunkt stellten, daß rein sportliche Veranstaltungen steuerfrei bleiben müsse. Um nun 3 Millionen Mark herauszuwirtschaften aus der Lustbarkeitssteuer, beschloß man die gewöhnlichen Lustbarkeiten mit 30—60 Proz., die Kinos 30—80 Prozent und kulturelle Veranstaltungen 15—20 Prozent der Eintrittspreise zu besteuern. Die U. S. P. hatten verschiedene Abänderungsanträge eingereicht, die aber abgelehnt wurden. — Weiter bewilligte die Versammlung den unbesoldeten Stadträten eine Aufwandsentschädigung von monatlich 200 M. — Die Gastwirtschaft auf dem städtischen Schlachthof wurde dem bisherigen Pächter auf zwei weitere Jahre überlassen. — Zur Unterbringung von Flüchtlingen soll auf der Bergschenke ein Massenquartier eingerichtet werden. Die hierzu erforderlichen Kosten in Höhe von 13 000 M wurden bewilligt.

h. Halle, 12. Febr. In der letzten geschlossenen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Ankauf eines zweiten Kohlenwerkes zum Preise von 1 200 000 M beschlossen, nachdem sich der Erwerb der Braunkohlengrube „Carl Ernst" für unsere Stadt als recht nutzbringend erwiesen hat. Es handelt sich um die Anlagen der Halleschen Kohlenwerke G. m. b. H., die in der Nähe des Werkes „Carl Ernst" liegen. Der Besitz der neu zu erwerbenden Werke besteht aus dem Braunkohlenwerk „Konsolidierte Frohe Zukunft", den Braunkohlenfeldern in Tornau und Halle und dem Steinkohlenfeld „Barbara". Der Kaufpreis erscheint als annehmbar im Hinblick auf seine reichen Kohlenschätze, die von sachverständiger Seite auf 82 Millionen Hektoliter geschätzt werden. — Die Bezirksleitung des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten in Halle teilt mit, daß die Klasseneinteilung der neuen Besoldungsordnung nach dem Vorschlag der Personalvertretung beim Reichsverkehrsministerium vom Arbeitsminister und Reichsverkehrsminister angenommen ist.

h. Halle, 12. Febr. Ein 20jähriger Mann aus Dommitz und seine Braut, die 30jährige Höpfner aus Stedten, gingen gemeinsam in den Tod, da sie von den Eltern des jungen Mannes die Einwilligung nicht erhielten.

h. Eisleben, 12. Febr. Der „Mansfelder Hof" ist durch Kauf an den Direktor Mieth für den Preis von 210 000 M übergegangen. Dieser soll zu einem Stadttheater umgebaut werden.

† Naumburg, 12. Febr. Naumburg wird mit einem Regimentsstabe, einem Bataillon Infanterie und einer Feldartillerieabteilung zu drei Batterien belegt. Da die einzelnen Truppenteile eine größere Kopfstärke haben als bisher, werden alle Kasernen voll und ganz ausgenutzt werden müssen. Es kann also nicht damit gerechnet werden, daß in den Kasernen Wohnungen für Zivil frei werden. — Blutigroter Feuerschein verkündete Freitag abend um die neunte Stunde die Richtung eines großen Brandherdes. Inmitten der zahlreichen Gebäude des Gutes Haus Berglinden, des größten hiesigen Stadtgutes am Ende des Nordhanges der Stadt, dem Spechsart gelegen, brannte lichterloh eine umfangreiche Scheune. Nach der Schnelligkeit, mit der das Feuer um sich gegriffen, war sie anscheinend reich gefüllt mit Heu und Stroh, aber auch Getreide, namentlich Roggen, sowie landwirtschaftliche Maschinen bergend. Das Feuer soll durch Kurzschluß entstanden sein. Der angerichtete Schaden ist mit 40 000 M versichert.

† Bad Kösen, 12. Febr. Dem Nebel zum Opfer gefallen ist Fräulein Kumbruch von hier. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat sie abends den Steg zwischen dem „Mutigen Ritter" und der Straße nach der Brücke zu verfehlt und ist dabei in die Kleine Saale gestürzt. Mit der so plötzlich Heimgegangenen ist eine Wohltäterin der hiesigen Stadt verstorben.

† Zeitz, 11. Febr. Gestern Vormittag traten die in den Klavierfabriken und Möbelfabriken beschäftigten Tischler plötzlich in den Streik ein, während die Tischler in den Kinderwagenfabriken weiter arbeiteten. Die Tischler fordern eine erhebliche Teuerungszulage, die von den Arbeitgebern in ihrem vollen Umfange nicht bewilligt wurde. Sie waren bereit, den Tischlern erheblich entgegenzukommen, und es fanden Verhandlungen statt, die sich aber zerschlugen, worauf der Streik proklamiert wurde.

† Magdeburg, 11. Febr. Ein Großfeuer in Magdeburg zerstörte nachts die Grade-Motorwerke. Die großen Vorräte an Benzin und Öl boten dem Feuer gute Nahrung, ohne daß, trotz Eingreifens aller Löschzüge der Feuerwehren von Magdeburg und Neustadt, dem immer weiteren Umsichgreifen des Flammenmeeres Einhalt geboten werden konnte. Der Schaden wird auf ¾ Millionen Mark geschätzt, in den sich verschiedene Versicherungsgesellschaften teilen. Das Unternehmen war das erste in Deutschland, das sich mit dem Bau von Flugzeugen und Flugzeugmotoren beschäftigte.

† Erfurt, 12. Febr. Die Arbeiter sämtlicher Brauereien von Erfurt sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

† Eisleben, 12. Febr. Sämtliche Maurer, Zimmerleute und Bauarbeiter sind in den Ausstand getreten.

† Oschersleben, 12. Febr. Die Maschinenfabrik und Eisengießerei Bölle hat ihre gesamte Arbeiterschaft, etwa 200 Mann, am Sonnabend unter Auszahlung von 14 Tagen Lohn entlassen.

† Schmalkalden, 12. Febr. In der jüngsten Stadtverordnetensitzung erstattete die zur Feststellung des notwendigen Lebensunterhaltes eingesetzte Kommission Bericht. Als Norm ist eine fünfköpfige Familie angenommen. Nach dieser Feststellung belaufen sich die Kosten für den Lebensunterhalt wöchentlich für rationierte Lebensmittel auf 67,25 M, freie Lebensmittel auf 74 M, verschiedene Ausgaben auf 163 M, zusammen also auf 313,25 M. Der Berichterstatter erklärte, daß von diesen festgestellten Zahlen nichts mehr abgezogen werden könne. Eine weitere Kürzung der angeführten Lebensmittel rufe die äußersten Bedenken hervor, sie würde zur dauernden Unterernährung führen.

† Dresden, 12. Febr. Die sächsische Regierung erwägt angesichts des gestiegenen Silbergeldpreises die Wiederaufnahme des Freiberger Silberbergbaues, der allerdings nur in beschränktem Umfange erfolgen kann, da ein Teil der Gruben ersoffen ist und die Maschinen zum großen Teil vor Jahren abmontiert sind.

Merseburg und Umgegend.

12. Februar.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Berufswahl und Berufsberatung.** Nur noch kurze Zeit und die Schule schließt für viele unserer Jungen ihre Pforten. Solange war es immer noch ein sorgloses Daseinsleben, jetzt aber tritt an die Meisten zum ersten Male mit der Frage der Berufswahl der Ernst des Lebens heran. Nur wenige sind es, bei denen sich frühzeitig eine Neigung und Eignung für einen bestimmten Beruf einstellt, wenige nur, deren weiteres Leben durch diese oder jene Eigenart oder durch besondere Verhältnisse in eine bestimmte Bahn gelenkt wird. Für die meisten ist und bleibt es die schwerste Frage: Welchen Beruf soll ich ergreifen. Keine Sache bedarf aber auch einer so eingehenden Prüfung, als gerade diese Frage. Hier wird eine Entscheidung gefordert, die für das ganze Leben von Bedeutung ist. An der rechten Wahl des Berufes liegt es, ob etwas aus dem jungen Menschenkinde wird. Um allen denen, die selbst schwer den rechten Weg finden können, aber auch, um alle übrigen auf den richtigen Pfad zu bringen, sind deshalb allenthalben Berufsberatungsstellen geschaffen. In keinem Falle sollte vermieden werden, sich vor der endgültigen Entscheidung über die Berufswahl noch einmal an eine solche zu wenden. Für diejenigen, die sich dem kaufmännischen Berufe zuwenden wollen, hat die Gewerkschaft kaufmännischer Angestellter, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg 36, hier in Merseburg, Hallesche Straße 27, eine besondere Beratungsstelle eingerichtet. Durch diese können auch Lehrverträge, in denen die neuesten gesetzlichen Bestimmungen berücksichtigt wurden und die auf die heutigen Verhältnisse besonders zugeschnitten sind, bezogen werden. Gerade der Eintritt in die kaufmännische Laufbahn soll wohl überlegt sein. Die landläufige Meinung, daß wohl jeder, der nichts anderes anzufangen weiß, für den kaufmännischen Beruf nachgerade gut genug ist, ist nur zu irrig. Härter denn in allen anderen Berufen ist hier der Existenzkampf und nur wer eine wirklich ausreichende Vorbildung und Lust und Liebe mitbringt, wird im kaufmännischen Berufe vorwärts kommen.

** **Feindliche Schandtaten.** Die Franzosen, die am stärksten nach Auslieferung Deutscher verlangen, haben selbst am meisten verbrochen. Zwei Kriegsbeschädigte wollen nun das Material, soweit es Kriegsgefangene betrifft, sammeln und herausgeben. Wer etwas weiß oder gehört hat, wird gebeten, genaue Mitteilung, möglichst unter Nennung der Namen alle Beteiligten, an Hans Weberstadt, Berlin-Friedenau, Stubenrauchstraße 9, zu senden. Zugleich wird um möglichste Verbreitung dieser Adresse gebeten.

** **Doppelbelieferung von Kunstaugen.** In Abänderung der Erlasse vom 8. Juni 1916 und vom 25. Juli 1918 hat das Reichsarbeitsministerium auf Antrag des Kyffhäuser-Bundes der deutschen Landes-Kriegerverbände bestimmt, daß die erstmalige Lieferung künstlicher Augen in doppelter Stückzahl erfolgen kann, sofern nach fachärztlichem Gutachten Veränderungen der Augenhöhle nicht mehr zu erwarten sind. Ersatzbeschaffung infolge Bruchs oder Verlust erfolgt nach Bedarf. Es ist aber darauf zu achten, daß stets ein Ersatzauge zur Verfügung steht.

** **Erneute Abänderung der Elternratsverordnung.** Den Provinzialschulkollegien ist vom preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung neuerdings eine Abänderung der Elternratswahlordnung zugegangen, in der bestätigt wird, daß das Wort „persönliche" vor Stimmabgabe in Fortfall kommen soll. Somit können die Wahlzettel der Wahlberechtigten auch durch die Post, durch Beauftragte usw eingereicht werden.. Die Wahlkontrolle bleibt dem Wahlvorstande überlassen. Ferner sollen bei den im März stattfindenden Wahlen die Eltern, deren Kinder nur noch bis Ostern die Schule besuchen, aus der Wahlliste gestrichen und an ihrer Stelle diejenigen Eltern in die Listen aufgenommen werden, deren Kinder erstmals nach Ostern zur Schule kommen. Demnach müssen die Wahllisten einer erneuten Durchsicht unterzogen werden. Da aber nach der Wahlordnung „spätestens vier Wochen vor der Wahl eine Elternversammlung einzuberufen ist" und die Wahlhandlung größtenteils auf den 7. März angesetzt ist, müßte bis zum kommenden Sonntag diese Arbeit abgeschlossen und die entsprechende Nachricht an die Eltern ergangen sein. Woher ist dem Schulleiter bekannt, welche Eltern ihre Kinder gerade in seiner Schule anmelden werden? Ist doch nicht einmal im voraus festzustellen, welche Kinder zur Versetzung kommen werden und infolgedessen in der Schule bleiben oder sie vielleicht verlassen könnten? Und was wird aus den Wahlen, die schon stattgefunden haben oder noch vor Ablauf dieses Monats stattfinden sollen? Es ist keine glückliche Hand, die den Hebel der ministeriellen Ordnungsmaschine lenkt.

** **Nur 50 Kilogramm Reisegepäck.** Die überaus starke Besetzung der Personen- und Schnellzüge hat eine verstärkte Auflieferung an Reisegepäck und Expreßgut zur Folge, was nicht ohne Einfluß auf die pünktliche Abfertigung der Zurückgebliebenen ist, so daß sich die Eisenbahnverwaltung gezwungen sieht, mit besonderen Maßnahmen vorzugehen. Für die Auflieferung von Reisegepäck wird zunächst festgesetzt, daß jeder Reisende ohne weiteres nur noch 50 Kilogramm Reisegepäck aufliefern darf. Wiegen die Gepäckstücke zusammen mehr als 50 Kilogramm, so muß von nun an durch Öffnen des Gepäcks an der Gepäckabfertigung nachgewiesen werden, daß es sich tatsächlich um Reisegepäck im Sinne der Eisenbahnverkehrsordnung handelt. Als solches gelten nach der Eisenbahnverkehrsordnung nur Gegenstände, deren der Reisende zu seinem persönlichen Gebrauch während der Reise bedarf, und die durch ihre Verpackung als Reisegepäck gekennzeichnet sind.

** **Die Belieferung der Gastwirtstätten.** Infolge der vielfachen Klagen, die in der letzten Zeit von seiten der Gastwirte über unzulängliche Lebensmittelbelieferung ihrer Betriebe erhoben worden sind, hat der Reichswirtschaftsminister die Landesregierungen angewiesen, dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Kommunalverbände sollen bei der Verteilung von Lebensmitteln Personen, die auf Gaststätten angewiesen sind, genügend berücksichtigen. Wo besonders schwerwiegende Klagen über Unzulänglichkeit der Versorgung von Gaststätten erhoben werden, soll dem Reichswirtschaftsminister unter Benennung der betreffenden Städte und genauer Darlegung der dort gesammelten Erfahrung Mitteilung gemacht werden.

*

Heerschau der provinzialsächsischen Landwirtschaft.

Mittwoch den 25. Februar versammelt der landwirtschaftliche Hauptverein für die Provinz Sachsen, der bekanntlich sämtliche landwirtschaftlichen Vereine und Bauernvereine der Provinz umfaßt, seine Mitglieder zu Halle im Walhalla-Theater, um seine diesjährige Hauptversammlung abzuhalten. Bekannte Führer der deutschen Landwirtschaft werden bei dieser Gelegenheit über wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen sprechen, deren Lösung jedem einzelnen Landwirt am Herzen liegt. Unter anderem wird Unterstaatssekretär a. D. Edler von Braun über „Lage und Aufgaben der deutschen Landwirtschaft" referieren. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung lautet „Welche Gefahren drohen der deutschen Landwirtschaft und dem deutschen Volke durch die Bestrebungen auf weitere Verkürzung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft?" Diese Versammlung wird der provinzialsächsischen Landwirtschaft Gelegenheit geben, zu zeigen, daß sie sehr wohl in der Lage ist, die Massen aufzubringen, die sie zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen benötigt.

§ Dürrenberg, 12. Febr. Die in Keuschberg und Porbitz erfolgten Zeichnungen für elektrisches Licht und Kraft sind nicht so zahlreich eingegangen, wie angenommen wurde. Soll das von beiden Gemeinden geplante Projekt verwirklicht werden, müßten die Zeichnungen mindestens doppelt so zahlreich sein. Die Gemeinde-Vertretungen sind bereit, wenn nur einigermaßen die Verzinsung und Amortisation durch die Abnehmer und Verbraucher für Kraft und Licht gesichert ist, das Ortsnetz zu bauen, sonst können die Mehrheiten in den Gemeindeparlamenten die Verantwortung nicht tragen, weil die entstehenden Fehlbeträge auf die Schultern der Steuerzahler abgewälzt werden müßten.

§ Dürrenberg, 12. Febr. An die Stelle des erkrankten und am 1. April 1920 in den Ruhestand tretenden Salinendirektors Oberbergrats Hilgenfeldt beim Salzamt in Dürrenberg tritt endgültig der Oberbergrat Wolff von der Berginspektion am Rammelsberge. Ernannt wurde Bergassessor Kerksieck beim Salzamt in Dürrenberg zum Berginspektor. An das hiesige Salzamt versetzt wurde der Schichtmeister Bergold, bisher in Hohensalza.

§ Schkeuditz, 12. Febr. Dem hiesigen Verwalter des Außenbahn-Bahnhofs, Herrn Werner, ist das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen worden. — Die großzügige Beraubung eines Güterzuges auf der Strecke Halle—Leipzig wurde in der Nacht zum Dienstag ausgeführt aber rechtzeitig bemerkt, so daß es den Räubern nicht gelang, ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Der Güterzug 8479 passiert etwa nachts ½2 Uhr unsere Station. Eine Wache von 3 Mann, die an den Schneezäunen am Freirodaer Wege aufgestellt ist, bemerkte, wie aus dem fahrenden Zuge eine Menge Kisten und Körbe herausgeworfen wurden. Auf sofortige telegraphische Benachrichtigung wurde der unterdessen in Wahren angelangte Zug untersucht und festgestellt, daß er teilweise ausgeraubt war. Die alarmierte Bahnpolizei befuhr die Strecke und fand vom Freirodaer Übergang bis nach Lützschena eine ganze Anzahl Kisten, u. a. 3 große Zigarettenkisten mit wertvollem Inhalt. Die Räuber hatten bereits versucht, eine der Kisten zu öffnen, müssen aber gestört worden sein. Der Wert der für den Diebstahl vorbereiteten Kisten und Behälter wird auf 100 000 Mark geschätzt. Unerklärlich ist bis jetzt, wie die Diebe in den Zug, der von Halle bis Wahren durchläuft, gelangen konnten. Sie müssen schon in Halle eingestiegen, oder unterwegs in den langsam fahrenden Zug aufgesprungen sein. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Mücheln und Umgegend.

12. Februar.

‡ Mücheln, 12. Febr. Bei einer am Dienstag auf der Station Mücheln im Vormittagszuge vorgenommenen unverhofften

---

Das Geheimnis von Dubschinka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

43. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Diese Nachricht kam der Pseudo-Gräfin in Kairo zu, und sie reiste, von panischem Schreck ergriffen, nach Neapel, wohin ihr der Graf mündliche Weisungen durch ihren Vater senden wollte. Dobruck sollte wahrscheinlich als Sekretär gelten und um jeden Preis verhindern, daß Miß Morgan ihre Schwester ohne Vorbereitung sah.

Unglücklicherweise liebte es Herr Jaßnitzki-Dobruck, auf eigene Faust zu handeln, und bevorzugte eine Politik der kurzen Hand dabei. Er suchte seine Tochter gar nicht erst auf, nahm aber dafür seinen Sohn Miecislaw, der in Lemberg studierte, mit, und ließ sich von diesem sein Opfer zutreiben, das er dann einfach erwürgte, beraubte und ins Meer schleuderte. Die Ankunft der Miß Morgan bereitete der „Gräfin" große Verlegenheit, die doch nicht gewagt hatte, der Schwester ihrer Vorgängerin persönlich entgegenzutreten. Was sollte sie tun, als man sie vor die Leiche ihrer angeblichen Schwester führte? Eine Untersuchung heraufbeschwören, die die amerikanischen Verwandten auf allerlei Gedanken bringen, sie wahrscheinlich herübergeführt und so alles vielleicht schon damals, wo sie selbst noch so wenig fest in ihrer Rolle und die wirkliche Gräfin noch in keiner Anstalt begraben war, ans Licht gebracht hätte? Nein, gerade jetzt durfte man kein Aufsehen machen. Am besten also, man leugnete kaltblütig die Identität der Toten überhaupt. Kam später Harriet Morgan nicht mehr zum Vorschein, hatte man doch Zeit gewonnen und konnte den überseeischen Verwandten besser gerüstet entgegentreten. Man reiste daher nach Dubschinka, wo man naturgemäß am unbeachtetsten leben konnte, und suchte so bald als möglich ein Asyl für die wirkliche Gräfin zu finden. Zwar war Dobruck auch hier für die kurze Hand, aber der Graf wollte kein Blut. Endlich glückte es ihm auch, in der Anstalt eines gewissen Dr. Veiglstock ein passendes Asyl für seine Frau zu finden."

Bei dem Namen Veiglstock zuckte der Graf zusammen, und seine Augen öffneten sich weit vor Entsetzen.

In den blauen Augen der Gräfin loderten Flammen. Man sah ihr an, daß sie sich nur mit Aufbietung aller Willenskraft beherrschte.

„Genug der albernen Märchen," sagte sie zornig. „All dies geschieht, wie ich jetzt erst begreife, nur darum, um die Auszahlung meines Geldes zu verzögern."

Sie wandte sich an den Notar: „Lassen Sie sich nicht täuschen, mein Herr. Von dieser ganzen Geschichte ist nur das wahr, daß unsere Portiersleute allerdings Jaßnitzki heißen und ihre leider in unheilbaren Wahnsinn verfallene Tochter bei sich haben. Aus Mitleid und in Anbetracht der Vergangenheit haben wir, da sie völlig mittellos sind, ihnen hier Unterkunft gegeben und uns sogar bereit erklärt, die Kosten für sie in einer Heilanstalt zu bezahlen. Ich denke, dieses Aktes der Großmut brauchen wir uns nicht zu schämen! Und nun appelliere ich an Ihre Eigenschaft als Amtsperson. Ich bitte Sie um die Vorlegung einer Vollmacht die ich unterschreiben werde, damit Sie kraft derselben in meinem Namen die Auszahlung meines Vermögens von diesem Herrn, den ich fortan nicht mehr als meinen Verwandten betrachten will, erzwingen!"

Ehe ihr Appell beantwortet wurde, sagte Parkinson: „Nicht so rasch, Madame! Auch ich appelliere an die Amtseigenschaft dieser Herren, freilich in anderem Sinne. — Es ist nämlich keineswegs ein Notar mit seinem Schreiber, den ich hier mitgebracht habe, sondern zwei Beamte der Sicherheitspolizei. Beide waren mir heute nacht bereits behilflich, meine Kusine aus der Gewalt des Ehepaares Dobruck zu befreien, als diese mit ihr auf dem Wege zur Anstalt des famosen Dr. Veiglstock begriffen waren. Nachdem das Ehepaar Jaßnitzki nun hinter Schloß und Riegel sitzt, haben sie mich nach Dubschinka begleitet, um auch hier — Halt!" unterbrach er sich, seine Hand auf Koschwinski legend da dieser, aschfahl im Gesicht, eine Bewegung nach der Tür des Nebenzimmers hin machte, „Sie werden dieses Zimmer keinesfalls ohne Begleitung verlassen! Ich habe Ihrem Leibjäger bereits befohlen, anzuspannen. Er wird Sie und Ihre Freundin hier in Begleitung dieser beiden Beamten nach Pilsen fahren und der Staatsanwaltschaft übergeben. Vorher aber muß ich Ihnen noch ein paar Zeugen gegenüberstellen, damit Sie nicht etwa denken, sich auf der Fahrt neue Märchen aussinnen zu können."

Er trat an die Korridortür, die er öffnete. Drei Personen traten ein. Silas Hempel und der Maler Peter Lindemann mit einer verschleierten Dame am Arm.

Parkinson wies auf Hempel, der zuletzt eingetreten war.

„Hier stelle ich Ihnen den berühmten Detektiv Silas Hempel vor, Graf Koschwinski, der Ihnen von Neapel folgte, und in der Maske des Kammerdieners Bastide Zug um Zug ihr Geheimnis enthüllte. Er war es auch, der die vermeintliche Leiche des Reitknechts noch nachts in die Hütte der alten Babuscha trug und mich von dem Geschehenen unterrichtete. Marbler ist gottlob nicht tot, und wird, da er sich auf dem Wege der Genesung befindet, seinerzeit gleichfalls als Zeuge gegen Sie auftreten."

Koschwinskis Augen ruhten mit dem Ausdruck des tödlichen Hasses auf dem Detektiv, aber seine Lippen blieben stumm.

Parkinson wandte sich an die verschleierte Dame und schlug den Schleier. der ihr Gesicht verhüllte, zurück.

„Wollen Sie nun noch behaupten, daß ich ein Märchen erzählte?" fragte er, Wanda Jaßnitzki ansehend.

Diese starrte mit flammenden Augen in das bleiche, schöne Gesicht Grace Koschwinskis, das dem ihren so sehr glich, wie ein Ei dem anderen.

Plötzlich stieß sie einen gellenden Schrei aus und warf sich wie eine Tigerin auf die Gräfin, die entsetzt zurückwich, es aber nicht hindern konnte, das Wandas Finger ihren Hals umkrallten.

Alle Männer, mit Ausnahme des Grafen, der diesen Moment der Verwirrung benutzte, um sich lautlos durch die Tür des Nebenzimmers zu entfernen, stürzten sich auf Wanda Jaßnitzki, deren flackernder Blick nur zu deutlich den Wahnsinn verriet, der in hellen Flammen zum Ausbruch gekommen war.

Es gelang ihnen endlich, die Gräfin zu befreien und Wanda in eine Ecke des Zimmers zu drängen, wo sie, wilde Schreie ausstoßend, sich mit übermenschlicher Kraft gegen die Übermacht wehrte. Lindemann führte die Gräfin hinaus.

„Es nützt nichts, wir müssen sie fesseln," sagte der Polizeikommissar, „sie hat einen regelrechten Tobsuchtsanfall — sehen Sie nur, wie ihr der Mund schäumt! Holen Sie die Schwester, Herr Hempel, vielleicht versteht sie es, die Kranke einigermaßen zu beruhigen. In dieser Weise versichern wir uns auch gleich der Mamsell, die sonst doch auf Fluchtgedanken kommen könnte —"

„Bah, sie weiß ja noch nicht, was geschehen ist, und ohne Geld — aber zum Teufel, wo ist denn der Graf?" unterbrach er sich erschrocken, und eilte wie gejagt hinaus.

Parkinson folgte ihm.

Im Flur stand Marianne mit einem der Diener.

„Habt ihr den Grafen gesehen?" schrie Hempel sie an.

„Ja. Er ging vor ein paar Minuten die Treppe hinauf."

„Gottlob!" atmete der Detektiv auf. „Aber wir müssen rasch machen — wahrscheinlich will er sich mit Geld versehen und die kleine Hintertreppe benutzen."

Von Parkinson gefolgt, stieg er eilends die Treppe hinauf.

Da — sie hatten den Korridor eben erreicht — tönte der kurze, scharfe Knall eines Schusses durch das Haus.

Parkinson blieb erschrocken stehen.

„Wir kommen zu spät", sagte er leise, Hempel hatte die Tür zu des Grafen Zimmer bereits erreicht. Sie war unverschlossen. Er stieß sie auf.

Da lag lang ausgestreckt auf dem Teppich der Körper des Grafen. Seine Rechte hielt den noch rauchenden Revolver krampfhaft umklammert, aus einer kleinen Schläfenwunde sickerten ein paar Tropfen Blut.

Der Detektiv beugte sich nieder. Als er sich wieder aufrichtete, sagte er, Parkinson ansehend: „Sie haben recht, wir kommen zu spät. Er ist dahin geflohen, wo keine Macht der Erde ihn mehr erreichen kann!"

Dann ging er bis an den Rand der Treppe zurück und rief der durch den Schuß erschreckt zusammengelaufenen Dienerschaft zu: Der Graf Koschwinski ist tot. Wo ist Mamsell Kathinka? Holt sie gleich?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200213-16/fragment/page=0005

Revision wurden 60 Zentner Brotgetreide, Mehl, Kartoffeln, Kleie usw. beschlagnahmt. Infolge Überfüllung des Zuges konnte die Revision nicht ganz durchgeführt werden, sonst wäre von den revidierenden Beamten noch einmal soviel weggenommen worden. Die beschlagnahmten Güter erhielt der Kommunalverband.

* **St. Micheln**, 11. Febr. Einen schönen Abend bereiteten uns unsere Schulkinder durch ihren Märchenabend. Es wurden drei Märchen dramatisch dargestellt: Schneeweißchen und Rosenrot, Die verdeckte Schüssel und der gestiefelte Kater. Die jugendlichen Darsteller machten ihre Sache recht gut und ernteten reichen Beifall.

* **Querfurt**, 11. Febr. Der Landrat gibt folgendes bekannt: Betr. Kartoffelablieferung an die Stadt Halle. Der Kommunalverband Querfurt hat von den an die Stadt Halle zu liefernden 172000 Zentnern Speisekartoffeln erst rund 55000 Zentner geliefert. Durch die Minderbelieferung des Kreises Querfurt und durch den Ausfall bei anderen Lieferkreisen steht die Stadt Halle vor dem Zusammenbruche ihrer Kartoffelversorgung. Es gilt daher, die Stadt Halle schnellstens ausreichend mit Kartoffeln zu versorgen, wenn unabsehbare Folgen eines Zusammenbruches der Kartoffelversorgung vermieden werden sollen. Ich richte deshalb an alle Kartoffelerzeuger des Kreises die dringende Aufforderung, schnellstens alle verfügbaren Kartoffeln zur Verladung zu bringen, um in unserer Nachbarstadt Halle die Kartoffelnot zu lindern. Ich darf hierbei annehmen, daß es nur dieser Aufforderung und des Hinweises auf die Folgen etwaiger Unruhen bedarf, um die noch ablieferungspflichtigen Landwirte zur sofortigen Lieferung zu veranlassen. Insbesondere richte ich an diejenigen Landwirte die Aufforderung zur sofortigen Lieferung, denen bei der letzten Kartoffelbestandsaufnahme eine Lieferfrist bis zum Frühjahr gewährt worden ist.

* **Querfurt**, 12. Febr. Im Sitzungssaal des Kreisständehauses traten am Montag den 9. Februar die Abgeordneten des Kreistages zu einer Sitzung zusammen. Anwesend waren 31 Mitglieder. Die größte Spanne Zeit beanspruchte der 1. Punkt der Tagesordnung die Neuwahl der vier Mitglieder des Kreises für die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen wegen Ablaufs der Wahlperiode der Herren Graf v. d. Schulenburg-Heßler-Vitzenburg, Landrat a. D. von Helldorf-Baumersroda, Gutsbesitzer Theodor Bergner-Braunsdorf und Gutsbesitzer Emil Seidler-Göhrendorf. Eine Einigung war schwer zu erzielen und zweimal trat eine Pause in dem Wahlgang ein. Graf v. d. Schulenburg hatte erklären lassen, daß er eine eventuelle Wiederwahl seiner Person zwingender Gründe halber ablehnen müßte und auch die Wiederwahl des ehemaligen Landrats v. Helldorff-Baumersroda erfolgte trotz mannigfacher Bemühungen nicht. Das Ergebnis zeigte die Wahl des Abg. Koch-Unterfarnstedt, als angebliche Vertretung des Großgrundbesitzes. Den mittleren Landwirt vertritt Herr Thieme-Ziegelroda, während die Interessen der kleineren Besitzer durch die Herren Wolf-Wetzendorf und Lange-Gröst wahrgenommen werden sollen. — Im 2. Punkt der Tagesordnung erledigte man die Wahl eines Amtsvorstehers für den Amtsbezirk Goseck. Der bisherige Amtsvorsteher Lehrer Knauf-Markröhlitz, hat infolge Differenzen mit den Gemeindevertretern und weil sich ein Nerven- und Magenleiden bei ihm eingestellt hat, seinen Posten vor einiger Zeit niedergelegt. In Vorschlag wurde gebracht der Landwirt Löwe-Markröhlitz und der ehemalige Amtsvorsteher Bothe. Ersterer erhielt 16 Stimmen, gegen 13 für Bothe, und ist somit gewählt. — Alsdann gaben die Abgeordneten ihre Zustimmung zum Abschluß eines Vertrages mit dem Zentralkomitee des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz in Berlin über leihweise Überlassung von Seuchen-Baracken nebst den dazu gehörigen Desinfektions-Apparaten bei Ausbruch von Seuchen jeglicher Art und bewilligten, da es sich um eine außerordentlich wertvolle hygienische Maßnahme handelt, einmütig die geringe Abgabe von 3 M pro Tausend der Bewohner des Kreises. Der Kreis hat rund 67000 Einwohner, es kommt demnach ein Gesamtbetrag von 210 M in Frage. — Auch der letzte Punkt der Tagesordnung wurde als dringlich anerkannt und in ihm der Vorschlag über die Wiederbesetzung des erledigten Landratspostens durch Regierungsrat v. Krause einstimmig angenommen. Bürgermeister Heinicke, dessen Bestätigung als Kreisdeputierter inzwischen eingegangen war, leitete diesen Wahlgang und wird den Vorschlag des Kreistages dem Staatsminister des Innern zur Bestätigung übermitteln.

* **Querfurt**, 11. Febr. Betreffend die Zuständigkeit der Kommissionäre bei Getreideablieferungen weist der Landrat darauf hin, daß an den für den Betriebsbesitz eines landwirtschaftlichen Unternehmens zuständigen Kommissionär auch diejenigen ablieferungspflichtigen Mengen an Getreide und Hülsenfrüchten abzuliefern sind, die von diesem Betriebe aus in einer anderen Gemeindeflur, welche möglicherweise einem anderen Kommissionärbezirke angehört, angebaut und geerntet worden ist.

* **Ziegelroda**, 11. Febr. Eine würdige Kundgebung wurde am vergangenen Sonntag anläßlich des Vergnügens des hiesigen Kriegervereins im Herbstschen Saale veranstaltet. Lehrer Eubling ergriff das Wort und nahm Stellung zu dem Auslieferungsverlangen unserer Feinde. Seine Rede gipfelte in einem Protest gegen dieses schmachvolle Ansinnen, und diesem Proteste schlossen sich die Anwesenden an, indem sie mit dem Redner unsern Heerführern und Soldaten ein dreifaches Hurra ausbrachten. Mit dem Gesang der ersten Strophe des Liedes „Deutschland über alles" wurde diese Kundgebung geschlossen.

Wetterwarte.

V. W. am 13. 2.: Meist wolkig bis trüb, mild, windig, Regenfälle. — 14. 2.: Zeitweise aufheiternd, meist wolkig, ziemlich mild, etwas Regen.

Vermischtes.

* **Seemannsschicksal.** Haugesund, 10. Febr. Gestern abend ist der Hamburger Dampfer „Pitloff" (?) bei Utsire auf Grund geraten. Von der 30 Mann starken Besatzung kamen zehn ums Leben. Die Überlebenden retteten sich auf eine Klippe, wo sie die ganze Nacht ausharren mußten. Heute ragen nur noch die Masten des Schiffes aus dem Wasser. Wegen des orkanartigen Sturmes war es unmöglich, zu Hilfe zu kommen.

* **300000 M für einen Hengst.** Ende voriger Woche wurde in Oldenburg das hundertjährige Bestehen der oldenburgischen Hengstkörung festlich begangen. Bei dieser Gelegenheit sind Hengste zu hohen Preisen verkauft worden. So veräußerte der Hengsthalter Denke-Moorsen einen Angeldhengst für 300000 M an eine oldenburgische Genossenschaft. Ein holländisches Konsortium bot für einen Hengst 500000 M; der Ankauf kam aber nicht zustande. Ferner wurden Hengste mit 100000 bis 200000 M bezahlt.

* **Der Dieb eines wertvollen Perlenhalsbandes verhaftet.** Vor kurzem wurde im Berliner Westen ein Perlenhalsband gestohlen, das einen hohen Wert darstellte. Jetzt ist es der Berliner Kriminalpolizei gelungen, den Täter, einen ehemaligen Elektromonteur Wichmann, in Hamburg zu verhaften. Er will das kostbare Schmuckstück für 50000 M verkauft haben.

* **Brudermord.** Wie ein Bericht aus München meldet, hat dort der 17jährige Gymnasiast Voll, Sohn des vor vier Jahren verstorbenen bekannten Münchener Kunsthistorikers Professors Karl Voll, daheim in Abwesenheit der Mutter seinen 19jährigen Bruder Fritz erschossen und ist dann unter Mitnahme von Schmucksachen entflohen. Er hinterließ auf einem Zettel die Mitteilung, daß er seinen Bruder ohne vorausgegangenen Streit erschossen habe.

*

Jahrelanger Betrieb einer Banknotenfabrik.

Die Klischeefabrik von Domke in Berlin ist jetzt von der Kriminalpolizei geschlossen worden, weil sie drei Sorten von falschem Papiergeld herstellte. In Tilsit waren nämlich im Januar auf einmal für 300000 M gut hergestellter Fälschungen der Zehnrubelscheine der Darlehnskasse Ost in Verkehr gebracht worden. Tilsiter Kriminalbeamte stellten in den Ingenieuren Fritz Klein aus Breslau und Karl Schönberg aus Berlin die Verausgaber fest. Beide wußten jedoch den Verdacht der Herstellung der Falschstücke von sich abzulenken, indem sie ziemlich glaubhaft nachwiesen, daß sie das Geld selbst bei Schaulen in einer von Bolschewisten zurückgelassenen Truppenkasse gefunden hätten. Endlich aber gelang es doch der Reichsbankfalschgeldabteilung, sie als Fälscher der Scheine und die Eheleute Domke und den Buchdruckereibesitzer Kania in Berlin als ihre Mittäter nachzuweisen. Dabei wurde festgestellt, daß die Eheleute Domke und der Buchdruckereibesitzer Kania bereits seit mehreren Jahren Banknotenfälschungen betrieben.

Thüringer Hof. Freitag, d. 13. Febr., von abends 6½ Uhr an

Grosser Ball.

Flotte Musik. Neueste Tänze.

Geselligkeits-Verein „Gemütlichkeit" Kötzschen.

Sonntag, den 15. Febr. d. J. **Großer Ball.** Anfang 3 Uhr.

Es laden herzlich ein

Der Vorstand. Der Wirt.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Einrichtung u. Weiterführung v. Geschäftsbüchern sowie alle sonst. schriftl. Arbeiten werden gewissenhaft von erfahr., mit hiesigen Verhältnissen bekanntem Kaufmann erledigt. Angeb. u. 384 an die Exp. d. Bl.

Bündorf

Sonntag, den 15. Februar, von nachmittags 3 Uhr an

Tanzmusik

abends von 7 Uhr ab

großer Masken-Ball

bei vollem Orchester wozu freundlichst einladet

A. Conrad.

Hüte zum Umpressen

werden noch angenommen.

J. Hagen, Putz, Entenplan 9.

Mohrrüben

zu Speise- und Futterzwecken in größeren und kleineren Mengen abzugeben

E. Weißhahn, Neumarkt. Telephon Nr. 486.

Einige Fuhren **Hafer- und Roggenspreu** zu verkaufen Knapendorf 14.

Silber-Geld im Kurs gestiegen

Kaufe jedes Quantum und zahle höchste Tagespreise!

Für Händler Extra-Preise

Zahntechnisches Laboratorium Eugen Barschilli

Halle a. S. Graseweg 3a

Reise wird vergütet

Deutsch-nationaler Frauen-Abend

Freitag, den 13. d. Mts., abds. 8 Uhr, im Schultheiß

Kohlenfuhren

werden ausgeführt

Blumenthalstraße 7.

Modernes Theater

MERSEBURG

TELEFON 215. GR. RITTERSTR. 1

Vornehmste u. leistungsfähigste Lichtbildbühne am Platze.

Wir bringen ab morgen Freitag bis einschl. Montag den

/·/·/ größten Künstler-Spielplan! /·/·/

Eva May

Jugend Liebreiz Talent und dramatische Kunst sind verkörpert in einer verführerischen weiblichen Schönheit

Die beliebte Darstellerin in

Das törichte Herz!

Filmspiel in 4 Akten.

Ein wirklich hervorragender Meisterfilm, der selbst den ärgsten Feind des Kinos überzeugen wird, daß echte wahre Kunst des Lichtbildes hochzuschätzen ist. Alleiniges Erstaufführungsrecht für Merseburg.

2.

Der nächtliche Gast!

Kriminalroman von L. Haidhay. Der große italienische Sensationsfilm. Sensationen über Sensationen! Das Abenteuer eines europäischen Rasseweibes. Der große Doppelgänger-Film.

Alleiniges Erstaufführungsrecht für Merseburg.

3.

„Die geschwollenen Nasen!"

Detektiv-Groteske in 3 Akten.

Alleiniges Erstaufführungsrecht für Merseburg.

* **Rekka Red, der Indianerhäuptling** *

Dieser Film ist eine kleine Sensation für sich und gelangt nur bei nicht allzugroßem Andrang zur Vorführung.

Alleiniges Erstaufführungsrecht.

NB. An allen Tagen Vorträge unserer eigenen Hauskapelle unter Leitung des Herrn Konzertmeisters Putler.

Frühzeitiges Kommen sichert einen guten Platz.

Die Direktion.
A. Bilke.

Eigene Lichtanlage!

Merseburger Rudergesellschaft.

Am Freitag, den 13. d. Mts., abds. 8¼ Uhr

Monats-Versammlung

im Bootshaus. Der Vorstand.

V. f. L.

Sonnabend, den 14. d. Mts.

/ **Versammlung** /

im Vereinshaus Krautstraße.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Der Vorstand.

Angestellte

in Handel und Industrie, Kleinhandel

und bei Landes- und Kommunalbehörden.

Die am 9. d. M. ausgefallene Versammlung findet bestimmt am

Freitag, den 13. Februar, abends ½8 Uhr in der „Funkenburg"

statt.

Tagesordnung:

Das Betriebsrätegesetz und seine Einführung.

Ref.: Gauleiter Gutmann.

Die Verbandsvertreter des G. D. A. und G. K. A. werden um ihr Erscheinen gebeten.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Tagesordnung, sowie die Unkundigkeit des neuen Gesetzes selbst bedingt die Versammlung zu besuchen.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
Ortskartell Merseburg.
Franz Hirschmann.

Turnverein „Jahn".

Wir erinnern unsere Mitglieder und deren Angehörige an den am Sonnabend, den 14. Februar stattfindenden

Kappenabend.

Der Vergnügungsausschuß.

Ballspiel-Verein Germania

Wir machen unsere geladenen Gäste nochmals auf unser am Sonnabend, den 14. d. Mts., im „Neuen Schützenhaus" stattfindendes

Maskenfest

mit vielerlei Überraschungen und Prämiierung der schönsten Masken aufmerksam.

Einlaß der Masken 6 Uhr. Demaskierung ½9 Uhr.
Ohne Karte kein Zutritt. Der Vergnügungsausschuß.

Vor-Anzeige! Vor-Anzeige!

Arbeiter-Radfahrerverein „Frisch-Auf" Kötzschen-Beuna.

Sonntag, den 22. Febr., letzter großer

Maskenball

mit Prämiierung im

Bahnhofs-Restaurant Friedrich Zötzsch

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200213-16/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis:** In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 37 — Freitag, den 13. Februar 1920 — 46. Jahrg.

Die deutsche Gegenliste.

Über die Gegenliste, die Deutschland gegen das Auslieferungsbegehren der Entente ausspielen soll, ist ein heftiger Meinungsstreit entbrannt. Die einen verlangen, daß das deutsche Dokument in Form und Ton genau so ausgearbeitet werden soll, wie das von Herrn de Marcilly überreichte, also die Namen nach den Ländern zusammengestellt, dann die Gruppen der „Verbrecher", wie es die englische Liste tut, dann eine weitschweifige Anklageschrift, ein donnerndes Plaidoyer nach französischem Vorbild. Das Ganze die Gegner bewußt kopierend und sie ad absurdum führend. So die einen. Die anderen erklären das für Unsinn, für eine leichtsinnige Spielerei, die dem Ernst der Stunde und der traurigen Lage Deutschlands widerspreche. Es gehe gegen das deutsche Gefühl, mit der Waffe der Nachäffung zu fechten, und überdies dürfe man eine völkerrechtliche und moralische Ungeheuerlichkeit nicht mit der gleichen Münze bezahlen, da man sich eben dann auch ins Unrecht setze. Die richtige Ansicht liegt zwischen den streitenden Parteien wieder einmal in der Mitte. Nicht Kopie, nicht Nachäffung in der Form soll die Gegner entwaffnen, sondern die natürliche Ähnlichkeit des vorgebrachten Materials und womöglich auch dessen Schlüssigkeit, d. h. die unwiderlegliche Begründung mit Tatsachen und Beweisen. Das wäre deutsch, und das wäre durchschlagend besonders gegenüber der französischen Anklage, die in ihrer Kritiklosigkeit und ihrem hysterischen Fanatismus an — alte Dreyfusakten erinnert.

Welches Material steht der deutschen Regierung zu Gebote? Die Öffentlichkeit hat eigentlich jetzt erst, im Sturm der Aufregung, erfahren, daß an amtlicher Stelle schon seit einiger Zeit eine sehr reichhaltige Gegenliste von Ententeangehörigen vorliegt, die völkerrechtswidrige Verbrechen begangen haben und wofür schriftliche und protokollarische Belege vorgewiesen werden können. Offenbar ist diese Gegenliste nichts anderes, als ein Namenskatalog des Materials, das schon während des Krieges von deutschen Behörden teils zu Propagandazwecken, teils „für alle Fälle", also in einer gewissen Ahnung dessen, was wir heute erleben, zusammengetragen wurde. Bekanntlich hat die „Militäruntersuchungsstelle für Verletzungen des Kriegsrechts" im Sommer 1918 eine Denkschrift ausgearbeitet über die Verstöße der französischen Kriegsführung gegen die Genfer Konvention. In zwei dicken Bänden wurde das Beweismaterial zusammengetragen, 513 Nummern, die jeden Leser schaudern machen müssen. Die Denkschrift beschäftigte sich aber fast durchweg nur mit den Grausamkeiten, die an deutschen Sanitätssoldaten verübt wurden. Das allgemeine Schuldkapitel der Gegner mußte durch anderweite Forschung ergänzt werden. Das ist dann in der Waffenstillstandszeit zum Teil durch die „Kommission zur Untersuchung von Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung feindlicher Kriegsgefangener" geschehen. Dabei hat sich nämlich so viel herausgestellt, was nicht Deutschland, sondern seine ewig hetzenden Gegner belastet, daß objektive Beurteiler nicht aus dem Staunen herauskommen werden, wenn man ihnen das deutsche Gegenmaterial vorlegt.

Nur im Ausschnitt: Dem ehemaligen deutschen Kronprinzen soll der Prozeß gemacht werden wegen seiner angeblichen Befehle, keine Gefangenen beim Feinde zu machen, also alles zu töten. Nun, die zurückgekehrten deutschen Kriegsgefangenen wissen ein Lied davon zu singen, wie nicht nur die Franzosen, sondern auch die Engländer, die die völkerrechtliche Korrektheit gepachtet zu haben vorgaben, auf den Schlachtfeldern über die Wehrlosen und Verwundeten herfielen. Beispiele: Der im Februar 1918 an der Lys gefangen genommene Gefreite Wilhelm Steppe war Zeuge, wie ein australischer Offizier seine mit ihm in Gefangenschaft geratenen Kameraden mit einem Revolver niederschoß, obwohl sie um Pardon baten. Der im September 1917 vor Ypern schwer verwundete Musketier Albrecht Stöcken verdankt seine Rettung nur dem Umstand, daß er sich tot stellte, denn die Engländer zogen mit Trupps von 3—5 Mann über das Schlachtfeld und töteten alle Verwundeten, die dort lagen. Leute, die die Hände hoch hielten und um ihr Leben baten, wurden von den Engländern ohne Gnade durch Gewehrschüsse und Bajonettstiche umgebracht. Eine große Anzahl seiner verwundeten Kameraden wurde niedergemetzelt, nachdem der eigentliche Kampf längst vorbei war. Daß derartige unmenschliche Verbrechen englischer Truppen gegen das Völkerrecht obendrein noch auf höheren Befehl ausgeführt wurden, ist verschiedentlich von englischer Seite offen zugegeben. So erklärte ein englischer Offizier dem Sanitätssergeanten Eller nach der Gefangennahme, er solle froh sein, daß er ohne körperlichen Schaden in Gefangenschaft geraten sei, es bestehe Befehl, keine Gefangenen zu machen, sondern alle Deutschen zu töten. Alle diese Aussagen sind eidlich erhärtet. Die Protokolle können abgeschrieben und der Gegenliste beigefügt werden. Die deutsche Liste wird nicht so leichtsinnig in der Nennung von Namen und nicht so komödiantisch in der Vorschiebung fürstlicher Persönlichkeiten verfahren, dafür aber hoffentlich schlicht, ehrlich und ihrer Sache sicher sein. Nur dann ist eine heilsame Wirkung zu erwarten.

*

Die Veröffentlichung der deutschen Gegenliste.

Die Veröffentlichung der deutschen Gegenliste ist, wie wir hören, in den nächsten Tagen zu erwarten.

Preußen und die Auslieferungsstelle.

Berlin, 12. Febr. An die preußische Staatsregierung gelangen dauernd aus allen Teilen des Landes und aus verschiedenen Kreisen der Bevölkerung telegraphische Bitten, sich energisch gegen das Auslieferungsbegehren der Entente auszusprechen. Die Stellung der preußischen Staatsregierung ist festgelegt durch die Erklärung, die der preußische Minister des Innern am 5. Februar im Reichsrat abgegeben hat, und die von diesem angenommen worden ist. Diese Erklärung lautet:

„Der Reichsrat als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder bekennt sich zu dem heute kundgegebenen Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung von Deutschen an die Entente. Der Reichsrat, weit davon entfernt gesetzlich strafbare Taten der ordentlichen Untersuchung und Ahndung vor deutschen Gerichten entziehen zu wollen, teilt die Empörung des deutschen Volkes über die Zumutung der Entente, ihr Hunderte von deutschen Männern auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei entschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen der Entente für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen diese dem deutschen Volke angetane Schmach an den Gerechtigkeitssinn der Welt."

Es hat sich inzwischen nichts ereignet, was die preußische Regierung bewegen könnte, von diesem Standpunkt abzugehen.

Das geraubte Danzig unter fremder Hand.

Oberkommissar Tower in Danzig.

Danzig 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Gestern vormittag traf der Vertreter der verbündeten Regierungen in Danzig Reginald Tower, von Paris kommend, hier ein.

Zum Empfang auf dem Bahnhofsplatz war ein englisches Bataillon aufgestellt. Gegen 10 Uhr erschien zur Begrüßung Staatskommissar Regierungspräsident Förster, Oberbürgermeister Sahm und der Polizeipräsident. Der Oberbürgermeister begrüßte Tower mit einer Ansprache, in der er sagte: „Ew. Exzellenz heiße ich im Namen der Stadt Danzig aufs herzlichste willkommen. Die Aufgabe, die Ew. Exzellenz übernommen haben, ist ungeheuer schwierig. Schwere Sorgen lasten auf der Bevölkerung. Dunkel schaut die Zukunft aus. Wir hoffen bei Ew. Exzellenz volles Verständnis für unsere schwierige Lage zu finden. In vorderster Linie erwarten und erbitten wir Gerechtigkeit und Schutz der Souveränität der freien Stadt Danzig."

Darauf antwortete der Oberkommissar Tower in deutscher Sprache u. a.: „Es gereicht mir zur großen Freude, den Einwohnern Danzigs mitteilen zu können, daß ich mit dem heutigen Tage im Auftrage der alliierten Hauptmächte die Verwaltung der Stadt übernehme. Diese mir anvertraute Aufgabe werde ich unter Aufbietung aller Kräfte zu erfüllen suchen, bis es den ordnungsmäßig ernannten Vertretern der Stadt gelungen sein wird, die ihnen nach den Bedingungen des Friedensvertrages obliegende Arbeit zu vollenden, nämlich ein Abkommen zwischen der Stadt Danzig und der benachbarten Republik Polen zu treffen und eine unter den Schutz des Völkerbundes gestellte Verfassung der Stadt Danzig auszuarbeiten. Durch einen Aufschwung des Handelsverkehrs in diesem vortrefflichen Hafen wird das Leben der Stadt sich zu ungeahnter Größe entfalten. Nicht weniger werden die den natürlichen geographischen und ethnologischen Gesetzen entsprechenden engeren Beziehungen zu Polen, wie sie im Friedensvertrag festgelegt sind, die beiderseitige Entwickelung im günstigsten Sinne beeinflussen. Möge die Verwirklichung des obenerwähnten Zieles unserer Zusammenarbeit zum dauernden Wohlstande der Stadt gelingen!" Die Herren verließen dann das Bahnhofsgebäude in lebhafter Unterhaltung. So sagte unter anderem Sir Tower zum Oberbürgermeister: „Was sagen Sie zu der Auslieferungsliste? Sie sind ja ein gefährlicher Mann", worauf dieser lächelnd erwiderte, daß er der Entwicklung der Dinge ruhig entgegensehe. (Oberbürgermeister Sahms Auslieferung wird bekanntlich von den Polen gefordert. D. Red.)

Die englische Arbeiterpartei für die Abänderung des Versailler Friedensvertrages.

Amsterdam, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Im Verlaufe der Debatte über die Antwortadresse des britischen Unterhauses auf die Thronrede erklärte der Führer der Arbeiterpartei, Adamson: Ich bin der Ansicht, daß einige Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland so schwer sind, daß wenig Hoffnung besteht, sie auszuführen. Wir erblicken Anzeichen dafür, daß das deutsche Volk von den Alliierten die eine oder andere Abänderung der auferlegten Bedingungen erwartet, und ich möchte den ersten Ministern und den Mitgliedern der Regierung vorschlagen, bevor die Verträge mit Österreich, Bulgarien, der Türkei und Ungarn perfekt sind, die Lage zu erwägen und genau zu untersuchen, damit, bevor diese Verträge endgültig ratifiziert sind, ein dauernder Friede gesichert werden kann.

Lloyd Georges Kampf gegen die Anarchie.

London, 12. Febr. Im Unterhause erklärte der Ministerpräsident Lloyd George mit Bezug auf Rußland im einzelnen, es sei nicht gelungen, Rußland mit Gewalt gesund zu machen. Er glaube, daß man es durch den Handel retten könne. Rußland habe Mangel an Lokomotiven, Waggons und Frachtautos, und ganz Europa benötige das, was es im Austausch für diese Dinge von Rußland erhalten könne. Die Lage in Europa sei ernst, und nicht in Rußland allein, sondern auch in England lauere die Gefahr. Lloyd George sagte: „Ich spreche mit Besorgnis und im Gefühl meiner Verantwortung. Wir müssen jede gesetzmäßige Waffe anwenden, um uns gegen diese Dinge zur Wehr zu setzen, und das einzige Mittel ist: wir müssen die Anarchie mit dem Überfluß bekämpfen."

Die erste Sitzung des sogen. „Völkerbundes".

London, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Gestern hat die erste historische Zusammenkunft der Völkerbundabgeordneten stattgefunden und wurden diese in St. James vorgestellt. Für Belgien war Paul Hymans, der Minister des Auswärtigen, gekommen, für Brasilien Gastad Cunka, der Botschafter in Paris, für Frankreich Leon Bourgeois, der Senatspräsident, für Griechenland Callamanos, der Gesandte in London, für Italien Maggiorino Ferraris, für Japan Matsui, der Gesandte in Paris, für Spanien Quinones de Leon, der Gesandte in Paris. Die Versammlung wurde von Leon Bourgeois, der den Vorsitz führte, eröffnet. Er verlas eine Adresse. Am Freitag wird eine lange, öffentliche Sitzung stattfinden. Dann wird nach französischer Methode immer einer der Abgeordneten Bericht erstatten. Der Italiener Ferrari wird über die Auslieferungsfragen berichten, Callamanos über das Saargebiet und der Belgier Hymans über Danzig. An demselben Tage wird Leon Bourgeois über die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes, vielleicht die wichtigste Angelegenheit der Sitzung, Vortrag halten. Balfour spricht über die Schweizer Neutralität und Matsui über die völkischen Minderheiten in Polen.

Die Konferenz der Neutralen im Haag.

Amsterdam, 12. Febr. Aus Christiania wird gemeldet, daß die Konferenz der neutralen Staaten, die am 16. Februar nach dem Haag berufen wurde, sich keineswegs mit der Auslieferung Wilhelms II., sondern lediglich mit dem internationalen Gerichtshof befassen wird, der in dem Völkerbundvertrag vorgesehen ist.

Der Reichsjustizminister über die französische Liste.

Berlin, 12. Febr. Der Reichsjustizminister Schiffer äußerte gegen den juristischen Mitarbeiter der „D. Allg. Ztg." über die Auslieferungsfrage u. a., daß sich die Stellung der Regierung nicht im mindesten geändert habe. Höchstens habe sich ihre bisherige Stellungnahme angesichts dieser Liste noch befestigt. Die Reichsregierung beharrt auf dem Standpunkt ihrer Note vom 25. Januar und sie sieht eine objektive Unmöglichkeit gegenüber dem Verlangen der Entente als vorliegend an. Es wird sich kein Deutscher finden, der an Hindenburg und andere Angeschuldigte Hand anlegt, und wenn sich doch einer finden sollte, würden Hunderte und Tausende aufstehen und ihn daran hindern. Dies ist eine Auffassung, die denn auch von allen Parteien von der äußersten Rechten bis zu den Unabhängigen einschließlich geteilt wird, mögen sie im übrigen zur Friedensfrage selbst stehen wie sie wollen. Weiter äußerte sich der Minister dahin, daß die Liste selbst vom Standpunkte der Entente das Muster einer geradezu frevelhaften Oberflächlichkeit sei. Feststehender Grundsatz jedes Auslieferungsrechts ist es, daß der Beschuldigte und seine Tat genau bestimmt oder doch so bezeichnet werden, daß sie ohne weiteres bestimmbar sind. Die Liste aber führt ganze Kategorien von Beschuldigten auf, für deren nähere Bestimmungen es an jedem greifbaren tatsächlichen Anhalt fehlt.

Auf die Frage, was die Regierung gegenüber den unglaublichen Unzulänglichkeiten mit der Liste anzufangen gedenke, entgegnete der Minister: In Beziehung auf die Auslieferung ist die Liste aus den angegebenen Gründen überhaupt ohne Bedeutung, wohl aber werde ich in genauer Befolgung unserer eigenen deutschen Gesetzgebung sie benutzen, um wirklich Schuldige der Bestrafung zuzuführen. Alle diese Maßnahmen aber dienen nicht dem Zweck der Auslieferung an Fremde, sondern der Untersuchung nach deutschem Recht durch deutsche Gerichte.

Der Kaiser gegen die freiwillige Stellung des Kronprinzen.

Der ehemalige deutsche Kronprinz hat den Staatsoberhäuptern der Entente angeboten, sich ihnen freiwillig zur Verfügung zu stellen, damit sie ein Opfer haben und von den übrigen Deutschen ablassen. Wie nun die „Kreuzzeitung" hört, ist die freiwillige Stellung des ehemaligen deutschen Kronprinzen ohne Wissen des Kaisers geschehen. Der Kaiser ist von dem Schritt vollkommen überrascht worden. Er wird von ihm entschieden mißbilligt. Der Kaiser hat dem Kronprinzen die freiwillige Stellung verboten und hat von dieser seiner Willensmeinung die niederländische Regierung telegraphisch verständigt.

Millerand zu Verhandlungen bereit.

Nach Pariser Meldungen nahm Millerand im Kammerausschuß für Auswärtiges Stellung zur Auslieferungsfrage. Er betonte das moralische Recht der Alliierten, Sühne für die deutschen Verbrechen ohne Ansehung der Person und des Standes des Beschuldigten zu verlangen. Man werde Verhandlungen mit Deutschland nicht ablehnen. Der Ministerpräsident sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen Deutschland davon überzeugen würden, daß die Prozesse gegen die Schuldigen unvermeidlich seien. Auf diese Prozesse könnten die Alliierten in keinem Falle verzichten. Die einstündigen Ausführungen des Ministerpräsidenten fanden keinen Widerspruch. Die Sozialisten zogen ihre Interpellation in der Auslieferungsfrage zurück.

Diese Stellungnahme Millerands bedeutet einen wesentlichen Fortschritt im Stande der ganzen Frage. Bisher lagen die Dinge so, daß von Frankreich direkte Verhandlungen mit Deutschland überhaupt abgelehnt wurden. Wenn schon Änderungen vorgenommen werden sollten, dann wollte das Herr Millerand diktieren. Trotz allem ist sachlich noch nichts, oder so gut wie nichts erreicht. Daß der eine oder der andere Name von der Liste gestrichen wird, hilft uns nicht, denn wir können keinen Deutschen, sei er wer er sei, einem fremden Richter ausliefern. Solange wir nicht durchsetzen, daß uns das Beweismaterial für die Anklagen übergeben und die von der Entente behauptete Schuld vor einem deutschen Gerichtshofe untersucht wird, ist nichts gewonnen.

Daß es dazu kommen wird, ist nicht mehr ganz unwahrscheinlich. Folgende Meldung zeigt wieder, daß Frankreichs Absichten letzten Endes auf Länderraub hinauslaufen:

Basel, 12. Febr. Der Pariser Vertreter des „Corriere della Sera" [illegible] Regierung den Vorschlag des Lord Birken[illegible] Ausführung des Auslief[illegible]nt, mit dem Hinweis d[illegible] Veränderung an den Ab[illegible]ngen, da sie die Bahn[illegible]ch die Franzosen entschie[illegible]ranzosen gehe im Gege[illegible]ngerung der Bese[illegible]and den Vertrag nicht g[illegible]en und den französische[illegible]chon immer gewünsch[illegible] Rheinufer zu schaffe[illegible]

[illegible]ung.

B[illegible] aus Washington soll P[illegible]chen Kronprinzen auf se[illegible]ause glaubt man, daß V[illegible]ntlich zu erklären, daß e[illegible] die Auslieferung der S[illegible] habe. Er würde jeden[illegible] Handlung widersetzen [illegible] zur Aburteilung aller [illegible] auch der Zivilperson[illegible]

F[illegible]slieferung.

[illegible] Ausführungen, die Freih[illegible]aris über die Ungeheu[illegible]e beispiellose Unerhör[illegible] Alliierten, innerhalb [illegible] deutscher Staatsbürg[illegible]eder Zeit verfolgen zu k[illegible]elnen Chauvinisten könn[illegible]assen, ohne daß das deut[illegible]nnte.

Nach dem Frieden.

Die Nordzone von Schleswig verloren.

Flensburg, 12. Febr. Die Internationale Kommission gibt folgendes vorläufige amtliche Ergebnis der Abstimmung in der ersten Zone bekannt. Es wurden abgegeben:

74 887 dänische und 25 223 deutsche Stimmen.

Auf die einzelnen Kreise verteilen sich die Stimmen wie folgt:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200213-16/fragment/page=0007
DFG